

Bezugspreis 1,10 RM im Vierteljahr. Verantwortlich: Edwin Nenninger. Verlag: Hermann Grunzel, beide Charlottenburg 1, Brahestraße 2-5. Ruf: C 4 Wilhelm 56 46 und 56 47. Druck: A. Janiszewski GmbH, Berlin

WOCHENBLATT FÜR DEN KERAMISCHEN BUND

INDUSTRIEVERBAND FÜR DIE GLAS-, PORZELLAN-, ZIEGEL-, GROBKERAMISCHE UND BAUSTOFF-INDUSTRIE

ABTEILUNG DES VERBANDES DER FABRIKARBEITER DEUTSCHLANDS

BUND

Noch ein politischer Entscheidungstag

Am 24. April wird in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt zu den Landesparlamenten gewählt



Drum wählt
Otto Braun **Carl Severing**

Wer in den letzten Monaten die Augen offenhalt und die Ohren nicht verstopft hatte, wird das Rascheln der Scheckanweisungen und das Rollen der Goldstücke in die Tresors der Hitler-Partei wahrgenommen haben. In einer Zeit größter Not verfügt in Deutschland der Chef der Nationalsozialistischen „Arbeiterpartei“ über Geld. Millionen von Reichsmark flossen in seine Kassen.

Woher kam das Geld?
Warum erhielt es Hitler?

Woher Hitler, der nach Zeitungsmeldungen über ein Jahreseinkommen von 445 000 RM verfügt, das Geld bekam, ist ein offenes Geheimnis. Seine Gönner, Scharfmacher aus Industrie- und Bergbaukreisen, Großagrarien, Exkronprinzen, Prinzen, Fürstlichkeiten, Generale, Admirale, Großpensionäre, Bankdirektoren und sonstige Schwerverdienner haben an dem Führer der genannten „Arbeiterpartei“ einen so großen Gefallen gefunden, daß sie ihm eben auf diese Weise dienstbar sind. Sie sind aber weit davon entfernt, an dem früheren Anstreicher Hitler einen Akt der Barmherzigkeit zu erfüllen. Sie verlangen für ihr Geld schon etwas von ihm. Das ist: den Kampf gegen die Arbeiterschaft, den Kampf gegen den Marxismus, den Kampf gegen die Errungenschaften und sozialen, wirtschaftlichen und politischen Positionen der Arbeiterschaft sowie den Kampf gegen die staatlich verankerten Rechte, die so etwas gewährleisten.

Und der Faschist Hitler ist seinen Geldgebern willfährig. Er schuf für seine Zwecke eine terroristische Privatarmee, mit deren Hilfe er über den Reichspräsidentenposten die Revolution von oben machen wollte. Der Plan ist am 13. März und 10. April mißlungen.

Nun geht der Kampf weiter bei der Wahl der Landesparlamente in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt. Besonders auf Preußen hat es die Reaktion abgesehen. Um Preußen, das in der Nachkriegszeit von ausschlaggebender Bedeutung für die friedliche Politik Deutschlands mit war, tobt nun der Kampf. Denn Preußen in seiner Größe, das nach Umfang und Bevölkerung drei Fünftel Deutschlands umfaßt, mit seiner umfangreichen Verwaltung, mit seiner starken Polizei bedeutet heute wie vor einigen Jahrzehnten Deutschland. Das ist es. Dieses Preußen will am 24. April das Geleicher um Hitler, Hugenberg

und Dingeldey erobern. Daraus darf jedoch nichts werden.

Die Mission, den Sieg der Reaktion in Preußen zu verhüten, hat die gesamte republikanische Bevölkerung Preußens zu erfüllen. Aber auch in Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt hat die republikanische Bevölkerung die gleiche Pflicht, in ihre Parlamente Republikaner zu wählen. Es kommt also in den genannten Ländern darauf an, den Faschismus nicht an die Staatsmacht heran zu lassen, damit er nicht von dieser Seite aus die Arbeiter unterjochen und um ihre Errungenschaften bringen kann.

Thüringen und Braunschweig sind Warnungssignale vor allem für die Arbeiterschaft. Diese Beispiele zeigen dem Volk und gerade der Arbeiterschaft, was sie dabei zu riskieren und zu verlieren hat. Die nationalsozialistische Regierung in Thüringen und in Braunschweig hat eine Welle von Bounruhigungen und Schwierigkeiten

nicht nur in diesen beiden Ländern, sondern in ganz Deutschland hervorgerufen. Wenn das schon erfolgte auf Grund der Regierungsbeteiligung der Nationalsozialisten in zwei kleinen deutschen Ländern, wieviel größer erst würde das Unheil für Staat und Wirtschaft sein, wenn sich in Deutschlands größtem Land, Preußen, die gleichen Kräfte der Herrschaft über Polizei und Schule, über Verwaltung und Exekutive bemächtigen würden.

Preußen steuert seit 1918 einen festen republikanischen Kurs. Das ist besonders zwei Männern zu danken, die aus der deutschen Arbeiterschaft kamen, es sind Otto Braun und Carl Severing. Sie haben Leistungen vollbracht, die sich sehen lassen können und die selbst ihre schärfsten Gegner anerkennen.

Otto Braun als Landwirtschaftsminister verhalf den Landarbeitern zu ihren Staatsrechten, und Carl Severing schuf eine Volkspolizei. Beiden gelang es aber auch, sich die größte Achtung als Staatsmann zu erringen und das Vertrauen der Arbeiterschaft in höchstem Maße zu würdigen. Und wer etwa aus politischer Gehässigkeit den Vertretern der Arbeiter und Sozialdemokratischen Partei in der Preußenregierung den Vorwurf machen will, sie hätten als Minister ja die Notverordnungen erlassen, dem ist entgegenzuhalten, daß sie Reichsgesetze durchzuführen hatten, die nicht zu umgehen waren. Gegner der Arbeiterschaft hätten die Durchführung der Reichsmaßnahmen zum Nachteil der Arbeiter noch viel schärfer vollzogen.

Gerade der Kampf aller Feinde der Republik gegen Braun und Severing muß die Arbeiterschaft anspornen, sich für die Wiedererlangung der Staatsmachtpositionen in Preußen mit aller Energie einzusetzen. Die Gegner wissen, was diesen Stellen für eine Bedeutung zukommt, das muß auch allen Arbeiterinnen und Arbeitern gegenwärtig sein. Gegen die republikanische Regierung bzw. einzelne Minister in Preußen wurden in der letzten Landtagsperiode allein 32 Mißtrauensanträge eingebracht und zwei Volksentscheide veranstaltet. Erfolg war ihnen nicht beschieden. Auch am Wahltag darf die Reaktion nicht siegen. Dafür müssen die Republikaner sorgen.

Eigentlich wird am Wahltag für die Landesparlamente weniger um die Länderpolitik gekämpft, sondern es geht mehr um die großen Ziele, um die Republik, um die Vernunft, es geht gegen den Faschismus, die Unvernunft und den Terror, um den Einfluß im Staat schlechthin. Die Arbeiterschaft tut deshalb gut, ihre ganze Kraft für die Sozialdemokratische Partei zu konzentrieren. Eine starke sozialdemokratische Vertretung im Preußischen Landtag gibt der gesamten Arbeiterschaft die Gewähr, daß ihre Rechte gewahrt und ihre Sache richtig vertreten wird. Die Vergangenheit lehrte, daß die Kommunisten im Preußischen Landtag vielfach mit der finsternen Reaktion stimmten und selbst der Volksentscheid mit den Nationalsozialisten,

dem Stahlhelm und den Deutschnationalen vom 9. August 1931 zeigte das Zusammengehen der Extreme. Das darf sich nicht wieder ereignen. Darin liegt eine Selbstschädigung der Arbeiterschaft. Arbeiter dürfen niemals in Preußen dazu beitragen, daß die republikanische Regierung in Preußen beseitigt und daß eine von Hitler oder Hugenberg abhängige Regierung in Preußen möglich wird. Darum geht es also am 24. April in Preußen. Dazu dürfen auch die kommunistisch gesinnten Arbeiter nicht beitragen.

Aber auch aus wirtschaftlichen Gründen ist es angebracht, daß das Geld der Reaktion über die Kasse Hitlers keine Zinsen bringt. Die Hitler-Bewegung ist ein Unruheherd auch für die Wirtschaft, deshalb darf sie nicht zur Staatsmacht gelangen. Wir brauchen Vertrauen für die Wirtschaft im In- und Ausland, das durch die Bürgerkriegsvorbereitungen Hitlers vernichtet wird. Der Vernunft muß wieder die Bahn freigemacht werden.

Das Interesse der Arbeiterschaft gebietet es daher, daß alle Kraft angespannt wird, um den 24. April zu einem Tag der Niederlage des hemmungslosen Radikalismus zu gestalten. Wenn sich alle Schichten des arbeitenden Volkes am 24. April zusammenfinden zum Schutz des neuen Preußens, zur Sicherung derjenigen Errungenschaften, die es gebracht hat: Gleichberechtigung der Staatsbürger, Schutz der Schwachen, Toleranz gegen alle Andersdenkenden und alle Konfessionen, dann wird eine überwältigende Mehrheit auch diesen Ansturm der Reaktion und ihrer kommunistischen Helfershelfer zum Scheitern bringen. Das Preußen, in dem die Staatsgewalt vom Volke ausgeht, ist die einzige Sicherheit gegen Terror und Gewalt. Wird dieses Preußen, die Bastion der Republik und Demokratie, erfolgreich verteidigt und gehalten, dann wird der 24. April in der politischen Geschichte der deutschen Arbeiterschaft und ihrer Gewerkschaften als Tag des Sieges zu buchen sein.

Deshalb die Tage bis zum 24. noch zur Agitation ausnützen und am 24. April in Preußen, Bayern, Württemberg, Hamburg und Anhalt die Liste der Sozialdemokratischen Partei wählen. Das bedingt das Klasseninteresse der Arbeiterschaft.

Hindenburg wieder Reichspräsident Mit absoluter Mehrheit diesmal gewählt

In der zweiten politischen Wahlschlacht am 4. April hat sich die Mehrzahl der deutschen Wähler und Wählerinnen wieder für Hindenburg als Reichspräsidenten entschieden. 36 483 490 Personen haben gewählt, und davon gaben 19 359 642 Hindenburg, 13 417 460 Hitler und 3 708 388 Thälmann die Stimme. Damit gab der vornünftige und zum inneren Frieden geneigte Teil der deutschen Bevölkerung kund, daß er gewillt ist, den Faschismus nicht an die Macht zu lassen. Den 19 359 642 Hindenburg-Wählern stehen 17 123 848 Stimmen der extremen Parteien gegenüber. Das Bekenntnis zur Vernunft ist das Bemerkenswerte an dieser Wahl.

Hindenburg gewann gegenüber dem ersten Wahlgang 700 000 Stimmen. Hitler 2 Millionen und Thälmann verlor 1,2 Millionen. Hitler kam ein Teil der Duesterberg-Stimmen und der Thälmann-Stimmen vom ersten Wahlgang zugute. Die Wahlbeteiligung betrug 83 Prozent. Soviel zum zahlenmäßigen Ergebnis. Die Entscheidung zu Hindenburg zugunsten führte die Arbeiterschaft mit herbei. Sie tat das nicht, weil sie eine Gegenleistung erwartet, aber eine Forderung darf sie mit Recht erheben, nämlich

die: Die Reichs- und Landesregierungen müssen nun mit dem Hitler-Spuk in den Ämtern aufräumen und die militärischen Formationen Hitlers, die sich, wie die Feststellungen der preußischen Regierung ergaben, gegen die Staatsgewalt richteten, müssen verboten, ihr Terror, besonders auf dem Lande, muß gebrochen werden. Wir müssen in Deutschland wieder zu ruhigen Verhältnissen kommen. Der Faschismus darf die Demokratie und die Republik nicht unter Duldung der Staatsgewalten moucheln dürfen. Das verlangen die Arbeiter und Arbeiterinnen.

Auf die Frauen kommt es bei den Wahlen an!

Das Jahr 1932 ist ein Kampfsjahr allerersten Ranges. Der 24. April wird für Deutschland wieder ein Großkampftag sein: Preußen, Bayern, Anhalt und Württemberg haben Landtagswahlen. Die Parteien der sogenannten „Nationalen Opposition“ machen alle Anstrengungen, aus dem demokratischen Preußen wieder den Diktator- oder Dreiklassenstaat zu machen. Sie können es nicht verschmerzen, daß dieses „System“ (lies Mitbestimmungsrecht der Arbeiterklasse) Geltung hat. Ihr Ideal ist das Klassenwahlrecht, denn „es muß doch ein Oben und Unten geben“. Zur Zeit des Dreiklassenwahlrechts hatte ein Wähler der ersten Klassen (das waren die besitzenden Schichten) unter Umständen 25 mal soviel Wahlrecht wie ein Wähler der dritten Klasse. Selbst Bismarck sagte im Parlament des „Norddeutschen Bundes“ am 28. März 1867 von diesem Wahl-

Treten wieder normale Verhältnisse ein, werden die Republikaner schon mit den nationalistischen reaktionären Schichten des Bürgertums fertig, nur die Republik selbst muß dabei helfen.

Zur Ehre kann dieses Wahlergebnis weder dem nationalistischen Deutschland noch den Thälmann-Anhängern gereichen. Gerade dieser Ausgang muß die Arbeiterschaft anspornen, zu den Landtagswahlen alles daran zu setzen, ihre Machtpositionen wieder zu erobern, damit das Vertrauen zu Deutschland wieder Nährboden in der Welt findet.

recht: „Ein widersinnigeres, elenderes Wahlgesetz ist nicht in irgendeinem Staate ausgedacht worden!“ Aber diesen Zustand sieht man im Lager der „Nationalen“ wieder herbei. Man will die Politik der „guten alten Zeit“ wiedersehen!

Es kommt bei den politischen Wahlen ganz besonders auf die Entscheidung der Frauen an, da es mehr wahlberechtigte Frauen gibt als Männer. Unsere Kolleginnen wissen dies schon aus früheren Aufsätzen unserer Verbandspresse. Deshalb Kolleginnen: Schafft überall Aufklärung in Frauenkreisen! Bei den Landeswahlen steht für die Familie und Arbeiterklasse viel auf dem Spiel. Denken wir nur einmal an das Schulwesen in Preußen. In den Volksschulklassen waren vielfach 70 bis 80 Kinder und noch mehr untergebracht, die ein Lehrer unterrichten mußte. Nach dem amt-

lichen preussischen Pressedienst kamen 1920 auf eine Lehrkraft durchschnittlich 63 Kinder; 1930 kamen auf eine Lehrkraft durchschnittlich nur noch 38,7 Kinder. Die Forderungen der Sozialdemokratie auf Ausbau der Volksschule sind den reaktionären Parteien zuwider, sie wollen gar nicht, daß die 4 Millionen Kinder des Proletariats, denen die Schule Rüstzeug fürs Leben geben soll, besser geschult und gebildet werden. Die seit 1920 eingerichteten weltlichen Schulen werden von den reaktionären Parteien und bürgerlichen Gemeindeführern sabotiert und systematisch bekämpft. Der Naziminister Klagges in Braunschweig hat kurzhand die weltlichen Schulen geschlossen. Hingegen ging das Wirken der sozialdemokratischen Fraktion im Landtag und bei allen Verhandlungen dahin, die weltliche Schule auszubauen und dem weltlichen Schulgedanken Lebensraum zu geben. Besonders erwähnenswert ist auch die Aufbau-schule, die seit 1923 in das preussische Schulgesetz aufgenommen wurde und begabten Proletariatskinder den Weg zum Studium bis zur Unversität freimachen soll. Von diesen Aufbau-schulen gibt es zur Zeit etwa 100. Außerdem bestehen in Preußen 35 Volkshochschulheime, die jährlich ungefähr 2500 junge Menschen in Kursen erfassen.

Wie die Nazikindererziehung mit dem Stock und Bleisoldaten und Frickschen Schulgebeten

zu bewerten ist — kann den Müttern keineswegs gleichgültig sein. Sie müssen auch mitzureden haben, wenn entschieden wird, ob unsere Kinder für den Kriegsgedanken oder die Friedensbestrebungen begeistert werden sollen. Jetzt buhlen die Nazis auch um die Frauenstimmen, obwohl man den Frauen im Reich, wie in den Ländern und Kommunen keinerlei politische Gleichberechtigung zuerkennt und es nur eine Phrase Hitlers ist, wenn er findet, daß die Frau Kampfgenosin des Mannes sein sollte. Der Abg. Feder sagt „Magd und Dienerin“ und Abg. Goebbels spricht von „schön sein und Kinder kriegen“ — damit sich jeder Wähler (von denen, die nicht alle werden) etwas aussuchen kann.

Darum aber müssen wir und müssen alle unsere Kolleginnen um so lauter rufen und warnen, daß die Frauen sich nicht mitschuldig machen dürfen am unausbleiblichen Chaos und vergrößertem Elend, falls Hitler noch mehr Frauenstimmen zugeführt werden sollten. Heraus aus der Gleichgültigkeit und Duldsamkeit, lautet jetzt die Parole! Wir wollen und müssen dafür sorgen, daß die Frauen mehr als bisher bei der Gestaltung der Dinge in Deutschland mitreden und fortschrittlich entscheiden können. Alle Frauen, die den Fortschritt und die Freiheit wollen, wählen am 24. April die sozialdemokratische Liste!

A. Z.

lage und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit. Wie im Jahre 1930 waren auch im letzten Jahre die Verluste bei den weiblichen Mitgliedern verhältnismäßig größer als bei den männlichen. Der Mitgliederrückgang beträgt bei den Männern 11,5 Proz. gegen 15,7 Proz. bei den Frauen. Ebenso ist der Anteil der Frauen an der Gesamtzahl der Mitglieder weiter gesunken. Er betrug am Jahres-schluß 20,1 Proz. gegen 20,9 Proz. zum Beginn des Jahres 1931 und 21,8 Proz. zum Jahres-schluß 1930.

Welcher Art die Zugänge und die Verluste waren, zeigt die folgende Tabelle:

Mitgliederzugang:			
	1930	1931	
Aufgenommen	47 411	25 625	
Zugeworben	11 556	4 370	
Aus anderen			
Verbänden übergetreten	4 015	2 215	
	62 982	32 210	
Mitgliederabgang:			
	1930	1931	
Ausgeschieden	63 203	71 066	
Abgerückt	21 242	11 474	
Zu anderen			
Verbänden übergetreten	6 682	4 202	
	91 127	86 743	

Den größten Anteil an dem Verlust von 51 533 Mitgliedern, der sich aus der Differenz zwischen den Zu- und Abgängen ergibt, haben die Austritte, Ausschlüsse und Todesfälle, die wir in der Tabelle unter der Rubrik „Ausgeschieden“ zusammengefaßt haben. Die Verluste durch Abreise überwiegen die Gewinne durch Zureise allerdings auch um mehr als 7000. Die Abgerückten sind zum größten Teil wohl unter den Jugendlichen zu suchen, denen ein Wechsel des Wohnortes verhältnismäßig leichter ist als den Verheirateten. Zusammenfassend kann man aber sagen, daß allein die Wirtschaftskrise und die steigende Arbeitslosigkeit den Mitglieder-rückgang verursachen. Das geht auch aus der folgenden Zusammenstellung hervor, die die Mitgliederbewegung in unserem Verbands in den Jahren seit der Inflation veranschaulicht:

Jahr	Zugänge	Abgänge	Zunahme	Abnahme	Mitgliederzahl am Jahres-schl.
1924	100 269	296 822	—	196 553	325 750
1925	149 190	140 205	8 985	—	334 685
1926	161 697	120 447	41 250	—	375 935
1927	158 715	111 591	47 124	—	423 059
1928	163 602	108 897	54 705	—	477 764
1929	104 111	112 803	—	8 192	469 572
1930	62 982	91 127	—	28 145	441 427
1931	32 210	86 743	—	54 533	386 894

Die beiden Krisenjahre 1930 und 1931 heben sich schärfen von den vorhergehenden Jahren ab, und die jähe Verschlechterung der Wirtschaftslage und die ins Riesenhafte wachsende Arbeitslosigkeit treten uns in den steigenden Verlusten und den sinkenden Mitgliederzahlen brutal entgegen. Sie können uns aber nicht entmutigen, sie können uns in der Verfolgung unserer gewerkschaftlichen Ziele nicht wankend machen. Im Gegenteil, je größer die Schwierigkeiten werden, je gehässiger uns unsere Gegner aus den Lagern der Unternehmung, der Nazis und der RGO. bekämpfen, desto härter wird unser Wille, desto größer werden unsere Anstrengungen in der Organisationsarbeit. Bei günstigeren wirtschaftlichen Verhältnissen, die wiederkommen werden und müssen, werden wir die Scharten der letzten Jahre nicht nur ausweiten, nicht nur das Verlorene wiederholen, sondern darüber hinaus noch Fortschritte erzielen, die im Interesse unseres Verbandes und der in ihnen vereinigten Fabrikarbeiter und Fabrikarbeiterinnen liegen.

Leichtfertige Kritik an den Gewerkschaften

Wenn es gilt, den frechgewordenen Gegnern zu trotzen und alle Kräfte zur Abwehr zusammenzufassen, kommen sicher falsche Freunde und machen quer. Mit Stänkerei, Verleumdung und übler Nachrede bilden sie sich ein, sich einen Namen machen zu können. Zu den krankhaften Nörglern, die stets ein Haar in der Suppe der Gewerkschaften finden und die immer etwas an diesen zu kritisieren und auszusetzen haben, ohne daß sie von gewerkschaftlichen Dingen viel verstehen, gehört ein gewisser M. Bergmann. Der Mann hat keine Bedeutung, er ist in der Gewerkschaftsbewegung völlig unbekannt, aber dadurch, daß er Artikel gegen die Gewerkschaften im „Berliner Tageblatt“ und im „Gewerkschafts-Archiv“ (Verlag Karl Zwing in Jena) unterbringt, bildet er sich schließlich ein, ein Schriftsteller zu sein. In einem Artikel, „Die Krise der Gewerkschaften“, der im „Berliner Tageblatt“ und in ausführlicherer Form im „Gewerkschafts-Archiv“, März und April, zu lesen war, wimmelt es nur so von falschen, bösen und falschen Angaben. Es heißt da, daß die Senkung der Tariflöhne erst seit einem Jahr vorgenommen worden sei, während der amtliche Lohnabbau tatsächlich im Mai 1930 mit der Lohnsenkung in der rheinisch-westfälischen Schwerindustrie einsetzte.

Die Mitgliederzahl des ADGB. wird für Ende 1931 auf vier Millionen angegeben und hinzugefügt, daß der gegenwärtige Mitgliederstand der niedrigste seit 1913 sei. Die genaue Abrechnung über den Mitgliederstand der Gewerkschaften des ADGB. Ende 1931 liegt noch nicht vor. Am Schluß des dritten Quartals betrug er 4 300 000. Schätzungsweise dürfte er bis Ende 1931 auf 4 200 000 gesunken sein. Ende 1924 betrug die Mitgliederzahl 3 975 000. Trotz der beispiellosen Arbeitslosigkeit, die alles übersteigt an Dauer und Umfang, was wir bisher in Deutschland erlebt haben, dürfte die Mitgliederzahl der Verbände des ADGB. heute noch eine Viertelmillion höher sein als Ende 1924.

Dann wird in dem Artikel weiter angeführt, daß Ende Januar, d. h. als das gesamte Baugewerbe und alle Außenberufe schon saisonmäßig so gut wie vollständig stilllagen, 44,1 Prozent der Gewerkschaftsmitglieder arbeitslos und 22,2 Prozent Kurzarbeiter waren. Dann werden die Kurzarbeiter einfach zu den Arbeitslosen gerechnet, um zu der Schlußfolgerung zu kommen, daß nur höchstens eineinhalb Millionen Arbeiter sich für das Wirken der freien Gewerkschaften wirklich einsetzen können!

Ohne irgendwelche Zahlen anzugeben, wird dann die Finanzlage der Gewerkschaften ungefähr so dargestellt, wie etwa die Finanzlage des Nordwolle-Konzerns nach seinem Zusammenbruch, und dazu tief sinnig bemerkt, daß man nicht zu sagen brauche, „welche Wirkungen die Einschränkung der Aufwendungen für die arbeitslosen, kranken und streikenden Mitglieder hinterlassen kann“. Und dann heißt es wörtlich: „So ist der neue Arbeitsbeschaffungsplan der freien Gewerkschaften in Wirklichkeit zuerst durch die gewerkschaftliche und weniger durch die allgemeinwirtschaftliche Lage Deutschlands veranlaßt worden.“

Diesen aus den Ärmeln geschüttelten unwahren Angaben, Vermutungen, Schätzungen und völlig falschen Behauptungen eines Querulanten, dem die „Holzarbeiter-Zeitung“ schon einmal nachwies, daß er geschwindelt und falsche Zahlen angegeben hat, geben das „Berliner Tageblatt“ und das „Gewerkschafts-Archiv“ Raum, in einer Zeit, wo gerade die Gewerkschaften mit der „Eisernen Front“ alles tun, um Volk und Staat zu retten.

Die Verbandsvorstände tun gut daran, dem Verlag Karl Zwing in Jena klarzumachen, daß sie kein Interesse mehr an einer gewerkschaftlichen Zeitschrift haben können, die die Gewerkschaftsbewegung in Artikeln diffamiert. Das „Gewerkschafts-Archiv“ wird bekanntlich von einer Anzahl Verbänden an einen Teil ihrer Funktionäre geliefert, ob dies jetzt noch angebracht ist, ist sehr fraglich. Die einzelnen Verbände tun gut, sich mit einer Abwehrgenugung ungerechte, verleumdende Angriffe auf die Gewerkschaften zu befassen.

Heinrich Limbertz gestorben

Der Schnitter Tod scheint ununterbrochen Ernte unter den Funktionären der Gewerkschaftsbewegung zu halten. Nach den großen Verlusten der letzten Zeit müssen wir wieder den Tod eines braven Kämpfers melden. Am 3. April starb der Kollege Heinrich Limbertz, Redakteur der „Bergbau-Industrie“, Organ des Deutschen Bergarbeiter-Verbandes. Limbertz war ein Sohn der roten Erde. Er wurde am 10. September 1874 bei Dortmund geboren. Wie es bei der Proletariatsjugend des Industriegebiets nicht anders zu erwarten war, mußte er im Bergbau Beschäftigung suchen. Im Jahre 1902 wurde Limbertz Arbeitersekretär in Iserlohn. Hier hat er den ersten großen Streik in der westdeutschen Metallindustrie geführt, der mit einer Aussperrung der Unternehmer beantwortet wurde. Limbertz mußte diese seine Führertätigkeit mit Gefängnis büßen. Im Jahre 1908 wurde er Redakteur der Essener Arbeiter-Zeitung. Als Pressebüro der Sozialdemokratischen Partei in Rheinland und Westfalen errichtet wurde, übernahm Limbertz dessen Leitung. Eine Unmenge von Material und viele Schriften sind in dieser Zeit aus der Feder des Kollegen Limbertz über das Scharfmachertum der rheinisch-westfälischen Großindustrie veröffentlicht worden. In unzähligen Versammlungen war Limbertz als Redner tätig. 1915 wurde er Mitglied der Preussischen Landesversammlung und von 1921 bis 1924 war er Mitglied des Preussischen Landtages und Vorsitzender der Fraktion. Seit 1924 gehört Kollege Limbertz dem Reichstag an. Die Redaktion der „Bergarbeiter-Zeitung“, der heutigen „Bergbau-Industrie“, übernahm Limbertz im Jahre 1923. Er war einer jener zähen und unbeirrten Führer, die das schwierige Agitationsfeld der westdeutschen Großindustrie mit eisernem Fleiß allen Schwierigkeiten zum Trotz bearbeitet haben. Sie sind ihren Jugendeidealen bis zum letzten Atemzug treu geblieben. Kollege Limbertz mußte verhältnismäßig früh sterben. Sein Andenken werden die, die ihn kannten, für immer in Ehren halten.

So lebt der Führer einer Arbeiterpartei.

Die „Welt am Montag“ ist in der Lage eine Originalrechnung des Berliner Hotels „Kaiserhof“, wo der große Adolf abzusteigepflegt, mitzuteilen. Für den zehntägigen Aufenthalt Hitlers betrug die Hotelrechnung 4048 RM, mithin je Tag rund 405 RM. Dieser Arbeiterführer hatte für sich und sein Gefolge 12 Zimmer gemietet, für die er die Kleinigkeit von 2320 RM bezahlen mußte. Für 12 Mittagessen mußten 600 RM gezahlt werden für die täglichen Frühstücke wurden 276 RM und für Getränke 298 RM berechnet. Von der Nazis wird Hitler immer als ein äußerst bescheidener und nüchtern Mensch hingestellt. Er soll nicht rauchen, nicht trinken, und auch sonst bescheiden leben. Trotzdem verbraucht dieser Mann mit seinem Gefolge in zehn Tagen mehr als 4000 RM, für die ein Arbeiter mindestens zwei Jahre arbeiten muß. Eine solche Hotelrechnung sollte einmal ein Gewerkschaftsführer bezahlen müssen. Das Geschrei möchten wir hören!

Deutscher Außenhandel nach Erdteilen

Deutschland hat im Jahre 1931 nach den mitteleuropäischen Ländern für 4014 Mill. RM Ware mehr aus- als eingeführt. Dagegen überstieg die Einfuhr aus den überseeischen Ländern die Ausfuhr um 1111 Mill. RM. Aus diesen Ziffern dürfte ersichtlich sein, daß die europäischen Länder miteinander auf die engste verflochten sind und daß jede Störung des Außenhandels vermieden werden mußte.

Unser Verbandsjahr 1931

1. Mitgliederbewegung.

Alle gewerkschaftliche Arbeit, alles gewerkschaftliche Leben ist im entscheidenden Maße von der jeweiligen Wirtschaftslage abhängig. So stand auch das Gewerkschaftsleben des Jahres 1931 unter dem drückenden Zeichen der Wirtschaftskrise, der Arbeitslosigkeit und der Notverordnungen. Der Niedergang der deutschen Wirtschaft fand kein Hindernis, die Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten verminderten sich von Tag zu Tag. Die Unternehmer wußten auch im verflissenen Jahre kein anderes Mittel, die Abwärtsbewegung im Wirtschaftsleben Deutschlands aufzuhalten, als das alte schon so oft aber nie mit Erfolg für den kranken Wirtschaftskörper versuchte Allheilmittel der „Senkung der Gestehungskosten“, also des Lohnabbaues. Es gelang ihnen auch diesmal, die Reichsregierung für diese vollkommen falsche Theorie zu gewinnen und Lohnsenkungen und Verschlechterungen der sozialen Versicherungen durchzuführen. Aber der von den Unternehmern erhoffte Erfolg trat nicht ein, trotzdem die Reichsregierung mit ihrer Notverordnungs-politik alles mögliche tat, um den Arbeitgebern beizustehen. Es zeigte sich im Gegenteil, wie recht die Gewerkschaften mit ihrem Widerstand gegen die Lohnabbau-theorien der Arbeitgeber hatten und wie richtig sie die Folgen der fortgesetzten Einkommensminderung und Kaufkraftschwächung vorausgesehen hatten. Am Jahresanfang zählten wir in Deutschland 4 337 000 Arbeitslose, zum Schluß des Jahres, nach wiederholtem Lohnabbau und nach den Notverordnungen, waren es 5 665 000, zu denen sicher noch Hunderttausende kommen, die nicht von der Statistik erfaßt wurden.

Die innen- und außenpolitischen Schwierigkeiten, die ungeklärten Reparationsfragen trugen natürlich auch viel dazu bei, daß sich das wirtschaftliche Leben in Deutschland nicht erholen konnte, und es zeigte sich im Jahre 1931 ganz besonders deutlich, wie stark die internationalen wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den einzelnen Ländern sind und daß von Katastrophen solchen Ausmaßes in einem Staat alle anderen mitberührt werden müssen. Schließlich waren die wirtschaftlichen Voraussetzungen in den privatkapitalistisch orientierten Staaten im allgemeinen überall die gleichen.

Der Verschärfung der Wirtschaftslage entspricht ein starkes Steigen der Arbeitslosigkeit auch in den Kreisen unserer Mitglieder. Die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder war im verflissenen Jahre bedeutend höher als im Vorjahre. Zu Beginn des Jahres 1931 waren etwa 31,9 v. H. unserer Verbandsmitglieder arbeitslos (gegen 19,3 v. H. zu Beginn 1930) und 15,1 v. H. arbeiteten verkürzt (gegen 6,9 v. H. zu Beginn 1930). Der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder sinkt nur im Juni-Juli ein wenig auf 23,1 v. H. zu Anfang Juli, während 15,8 v. H. verkürzt arbeiteten. Von da an steigt die Arbeitslosigkeit wieder unanfechtbar, und zum Schluß des Jahres 1931 waren 40,1 v. H. aller Verbandsmitglieder arbeitslos und 23,5 v. H. arbeiteten verkürzt. Für den Keramischen Bund sind die Zahlen noch viel tröstlicher. Zu Anfang des Jahres waren 46,8 v. H. seiner Mitglieder arbeitslos, Anfang Juli immer noch 33,4 v. H., und zum Schluß des Jahres erreicht die Zahl der arbeitslosen Mitglieder des Keramischen Bundes die erschreckende Höhe von 57,9 v. H.

Präsentieren wir die Arbeitslosigkeit in unserem Verbands nach Industriezweigen gesehen, so zeigt sich fast dasselbe Bild wie im Vorjahre. Die grobkeramischen Industrien wurden wieder am schlimmsten betroffen. Der Prozentsatz der arbeitslosen Mitglieder in der Grobkeramik beträgt am Jahresanfang 57,1, sinkt zu Anfang Juli auf 41,6 und steigt dann auf 53,3 zum Jahres-schluß. Aber auch in anderen Industrien litt im Jahre 1931 viel mehr als im Vorjahre unter der Arbeitslosigkeit, wenn auch nicht alle in gleichem Maße. Die Glasindustrie beginnt das Jahr mit 21,9 v. H. arbeitslosen Mitgliedern und schließt mit 22,1 v. H. In der Porzellanindustrie zählte man zu Jahresanfang 32,2 v. H. und zum Schluß des Jahres 37,6 v. H. arbeitslose Mitglieder. Auch die Kollegen und Kolleginnen in der Spielwarenindustrie wurden schlimm von der Arbeitslosigkeit betroffen. Am günstigsten war die Papierindustrie gestellt, obwohl in ihr die Zahl der arbeitslosen Verbandsmitglieder während des Jahres ebenfalls stark stieg. Das gilt auch für die Nahrungsmittel- und für die chemische Industrie.

Eine Zusammenstellung über die Arbeitslosigkeit in den wichtigsten Industrien unseres Verbandes bietet die folgende Tabelle:

Von je 100 Verbandsmitgliedern waren arbeitslos

in der	zu Beginn des Jahres 1931	Anfang Juli 1931	zum Schluß des Jahres 1931
chemischen Industrie	21,9	22,1	22,4
Papierindustrie	17,1	18,2	25,3
Nahrungsmittelindustrie	18,8	23,3	31,9
Spielwaren- u. Blumenind.	50,3	34,0	46,5
grobkeramischen Industrie	57,1	41,6	73,3
Glasindustrie	41,9	40,0	52,1
Porzellanindustrie	32,2	28,9	37,6
Fabrikarbeiterverb. überh.	31,9	28,1	40,1
Keramischer Bund überh.	46,8	33,1	57,9

Diese Zahlen machen es auch dem Einfältigsten klar, wie sehr die gewerkschaftliche Arbeit im Krisenjahre 1931 erschwert wurde. Hinzu kam der starke Druck auf den Lohn, den die von der Reichsregierung mit bedauerlicher Bereitwilligkeit unterstützten Unternehmer rigoros und unter rücksichtsloser Ausnutzung aller Vorteile, die ihnen die ungünstige Wirtschaftslage bot, ausübten. Das Los der Arbeitslosigkeit traf aber sehr oft gerade die Funktionäre, die Vertrauensleute des Verbandes in den Betrieben; dienten doch, die zahllosen Betriebsstilllegungen nur zu oft lediglich dem Ziele, die unbequemen und verhassten Gewerkschaften zu schwächen, die immer noch zuviel bei der Gestaltung der Lohn- und Arbeitsbedingungen mitzureden hatten. Skrupellos versuchten die Unternehmer alle Opfer, die die Wirtschaftskrise auch von ihnen verlangte, auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Dabei standen ihnen die Arbeiterorganisationen im Wege, und daher trat bei den Versuchen der Unternehmer, die kranke Wirtschaft zu heilen, immer wieder die Absicht zutage, die verhassten Gewerkschaften finanziell und an Mitgliederzahlen zu schwächen, wenn möglich sogar zu vernichten.

Es gelang unseren Klassengegnern nun zwar nicht, die Gewerkschaften zu vernichten, soviel ihnen dabei die Nationalsozialisten und in unbegreiflicher Verblendung sogar Proletarier, die KPD, und die RGO., auch Hilfe leisteten. Aber es konnte nicht ausbleiben, daß die Gewerkschaften und mit ihnen der Fabrikarbeiterverband, der von jeher in vorderster Linie des Klassenkampfes stand, aus dem schweren Abwehrkampf fühlbare Wunden davontrugen.

Das zeigt sich vor allem an dem Verlust von über 51 000 Mitgliedern, den wir am Schluß des Jahres 1931 feststellen mußten. Der Rückgang beträgt etwa 12,4 Proz. Das ist zwar sehr bedauerlich, aber im Vergleich zu den Mitgliederverlusten bei Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit doch noch erträglich, wenn man bedenkt, daß bei Krisen in der Vorkriegszeit der Mitglieder-rückgang oft 20-25 Proz. ausmachte und daß die gegenwärtige Krise ein ganz anderes Ausmaß und eine ganz andere Schärfe aufweist als die Wirtschaftskrisen der Vorkriegszeit. Es spricht für den gewerkschaftlichen Geist unserer Mitglieder, daß sie trotz von dem angebrochenen Idyllismus unserer Funktionäre, der der Mitglieder-rückgang nicht nach sei, nicht da.

In den einzelnen Vierteljahre des verflissenen Jahres, wollte sich die Mitgliederbewegung in unserem Verbands folgendermaßen:

	Zahl der Mitglieder		Zus.
	männl.	weibl.	
4. Vierteljahr 1930	348 901	92 438	441 339
1. Vierteljahr 1931	339 270	88 866	428 136
2. Vierteljahr 1931	328 270	84 692	412 962
3. Vierteljahr 1931	316 524	80 798	397 322
4. Vierteljahr 1931	299 026	77 863	376 889
Im Durchschnitt	328 396	84 952	413 348
Abnahme gegen d. Jahres-schl. 1930	39 965	13 563	53 528

Der Mitglieder-rückgang ist fast doppelt so groß als im Jahre 1930. In den von Vierteljahr zu Vierteljahr sinkenden Mitgliederzahlen zeigt sich sehr deutlich die fortschreitende Verschlechterung der Wirtschaftslage und das Ansteigen der Arbeitslosigkeit.



Ein Kapitel zur Mechanisierung der Glasindustrie

(Schluß.)

Mit einer einfachen Maschinenanlage können im Monat bereits 20 000 qm gewöhnliches Fensterglas und mit einer komplizierter ausgestatteten 180 000 qm produziert werden. Die damit verbundene Massenproduktion von Tafelglas bewirkte, daß in wenigen Jahren 65 Prozent der 1924 noch im Betrieb befindlichen Tafelglashütten stillgelegt, und daß über 3000 Arbeiter übrig wurden. Diese Vorgänge in der Tafelglasindustrie gleichen einer brutalen Abwürgung von Unternehmer- und Arbeiterexistenzen, und besonders der Fall Radberg legt Zeugnis ab von den folgenschweren Wirkungen für alle Betroffenen.

In der deutschen Tafelglasindustrie läßt sich die Gesamtwirkung der Umstellung von der Hand- zur Maschinenarbeit noch deutlicher darstellen als bei der Flaschenindustrie. Die zur Verfügung stehenden Zahlen ergeben folgendes, sehr leicht zu entzifferndes Bild, dessen Durchsicht jedermann empfehlen wird:

	Mundgeblasenes Glas		Maschinen-glas		Farbe-glas	Zahl der Beschäftigten
	in 1000 qm	in 1000 qm	in 1000 qm	in 1000 qm		
1913	20 500	—	600	7 510		
1925	18 510	400	400	7 480		
1926	11 520	2 480	350	6 230		
1927	10 860	7 100	350	6 840		
1928	4 570	15 160	350	4 265		
1929	2 100	20 900	—	4 235		

Diese Tabelle ist in mehrfacher Hinsicht äußerst aufschlußreich. Sie enthält den Hinweis, daß der gelehrte Tafelglasmacher von der Maschine fast völlig verdrängt ist, aus ihr geht hervor, wie die Gesamtzahl der Beschäftigten mit der Inbetriebnahme von Maschinenanlagen zurückgeht, wie die Produktion von Maschinenglas zunimmt, und wie rasch die Umstellung der Tafelglasindustrie vor sich ging. Wichtig ist in diesem Zusammenhang noch der Vergleich der Arbeitsleistung pro Kopf bei Handarbeit und bei Maschinenarbeit. 1913 kamen auf den Kopf des Beschäftigten 228 Quadratmeter und 1929 bereits 540 Quadratmeter. Auch die Gesamtlöhne sind gesunken; sie gingen von 13,7 Millionen RM. im Jahre 1913 auf 11,9 Millionen RM. im Jahre 1928 trotz höherer Löhne zurück. Mit dem Abnehmen der Gesamtlöhne gehen auch ein Abnehmen der Spezialleistungen verbunden. Die Gesamtlöhne gingen, kapitalistisch gesehen, zurück; die Produktion erhöhte sich, und die Preise wurden auch hinaufgesetzt. Eine glücklichere Wirkung der Mechanisierung der Tafelglasindustrie hätten sich deren Besitzer gar nicht wünschen können.

In fast ähnlicher Weise wurden auch die Spiegelkristallglas- und die Facettenindustrie von der Maschine beeinträchtigt, umgestaltet und die mit ihnen verbundenen Menschen be-

kamen die gleich schlimmen Folgen am eigenen Leibe zu spüren. Viele Arbeiter, Meister und auch Unternehmer haben dadurch ihre Arbeit verloren und fallen nun der Wohlfahrt zur Last.

Das Eindringen der Maschine in die Glashütten führte ferner zum Eingehen der Kleinbetriebe, zur Konzentration in Großbetrieben, zum Errichten von Syndikaten, die Aufträge sammeln und Quoten verteilen, zur Zentralisierung und Bürokratisierung der Verwaltung, zum Steigern der Direktionsgewalt. Die Verwaltungsapparatur nahm einen größeren Umfang an. Die Technik triumphiert und die kulturell wertvollen Eigenschaften eines ehrbaren handwerklichen Berufes müssen nun nutzlos verkümmern. Seelenvoll geistig anregende Handarbeit ist zum Untergang verurteilt. Gestaltender Wille zehntausender Arbeiter findet in den Glashütten kein Betätigungsfeld mehr.

Die Massenmaschinenarbeit ist der Ersatz dafür; aber ein Erlösungswerk für die Menschen stellt sie nicht dar, sie dient nur dem Profitstreben. Ob das einmal anders werden wird? Heute ist dies noch eine Frage. Morgen schon wird ein zwingendes Muß eine Änderung der Zustände in der Glasindustrie gebieten. Die Produktionskapazität kann nicht voll ausgenutzt werden, auch nicht in normalen Zeiten. Immer mehr Menschen werden übrig. Die Erzeugung steigt. Absatz fehlt. Die Rentabilität der Anlagen wird von den Unternehmern bestritten. Da wird es Zeit, der Arbeitszeitverkürzung das Interesse zuzuwenden und die internationalen Forderungen der organisierten Glasarbeiter auf Einführung des Vierschichtenwechsels à 8 Stunden bei 24-stündiger Freizeit in der Woche durchzuführen, wie sie von den Glasarbeiterorganisationen gestellt sind. Wenn in jedem Industriezweig in so kurzer Zeit durch die Mechanisierung soviele Menschen freigestellt werden wie in der Tafelglas- und Flaschenindustrie, wenn soviel Leidtragende und traurig gestellte Hinterbliebene mit voller Absicht aus der Arbeit gedrängt werden, daß sie klagend am Zaun der glasindustriellen Friedhöfe stehen, dann ist es Zeit, alles zu tun, um durch die Verkürzung der Arbeitszeit Wandel zu schaffen. Von einige Konzerndirektoren und einigen Aktionären darf die Verkürzung der Arbeitszeit in so stark mechanisierten Industriezweigen nicht mehr allein abhängig sein. Das Interesse am Menschen gebietet der Arbeiterschaft, der Öffentlichkeit und den Regierungen zwangsmäßig durchzusetzen, was die Not der Zeit und die katastrophale Arbeitslosigkeit gebieten: Arbeitslose wieder in eine Arbeitsstelle zu bringen.

Sozialpolitischer Rückschritt

In Ablösung der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 9. März 1913 und der Verordnung vom 26. März 1930 betr. Beschäftigung von Arbeitern unter 18 Jahren und von Arbeiterinnen in der Glasindustrie wird im Reichsgesetzblatt Nr. 19, Teil I eine neue Verordnung mit Wirkung ab 21. März 1932 für die Glasindustrie bekanntgegeben.

Es muß leider festgestellt werden, daß man Anträge der Gewerkschaften zum besonderen Schutz der Gesundheit für Arbeiterinnen und Jugendliche bei Beschäftigung in der Glasindustrie nicht im Reichsarbeitsministerium berücksichtigte, währenddem Vorschläge der Arbeitgeberverbände und der Gewerbeaufsichtsbehörden, die bedauerlicherweise von Gewerbehygienikern durch ärztliche Gutachten gestützt wurden, restlose Verankerung trotz Widerspruchs im neuen Gesetz gefunden haben.

Es wäre mehr als billig gewesen, daß man endlich Nacht- und evtl. Sonntagsarbeit für Jugendliche unter 16 Jahren restlos verboten hätte; zumal von den Arbeitnehmerorganisationen in längeren Gutachten für die einzelnen Branchen nachgewiesen werden konnte, daß solche Arbeiten infolge der starken Umstellung der Glasindustrie durch Mechanisierung und Rationalisierung nicht mehr erforderlich sind oder von älteren Arbeitern verrichtet werden können. Die Berufsausbildung würde durch ein Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit bestimmt nicht gelitten haben. Die Ablehnung der Anträge der Gewerkschaften auf ein Verbot der Nacht- und Sonntagsarbeit für Jugendliche ist um so weniger zu verstehen, als wir unserem Gutachten sämtliche ausländischen Gesetze bezüglich Beschäftigung von Jugendlichen und weiblichen Arbeitnehmern in der Glasindustrie beifügten, aus denen zu entnehmen war, daß allgemein im Ausland günstigere Regelungen trotz der Tatsache einer viel jüngeren Sozialpolitik vorliegen. Die vorgesehene Genehmigungspflicht bei Beschäftigung von Jugendlichen mit Nacht- und Sonntagsarbeit ist den obersten Landesbehörden oder den von ihr bestellten Behörden (Gewerbeaufsicht) übertragen.

Von Herrn Oberregierungsrat Schmitt (Reichsarbeitsministerium) wird in Nr. 9 des „Reichsarbeitsblattes“ in ausführlicher Weise die Verordnung besprochen. Zur Frage der Genehmigungspflicht erklärt der Verfasser in seinem Artikel, daß Nacht- u. Sonntagsarbeit für Jugendliche ausnahmsweise unter 16 Jahren zugelassen werden kann, wenn Rücksicht auf die Heranbildung eines geeigneten Nachwuchses oder andere Gründe des Gemeinwohls die Zulassung dringend erforderlich. Als Gründe dringenden Gemeinwohls wird von Verminderung der Arbeitslosigkeit gesprochen.

Die Argumentation bezüglich der Heranbildung geeigneten Nachwuchses kann unter keinen Umständen zur Begründung für die

Zulässigkeit von Sonntags- und Nachtarbeit Jugendlicher unsererseits anerkannt werden. Wir empfehlen dem Vertreter des Reichsarbeitsministeriums, eine Glashütte des Nachts zu besichtigen. Er dürfte dabei feststellen, daß Jugendliche, die oftmals noch in ihrer Körperkonstitution Kindern gleichzustellen sind, bestimmt bei der Nachtarbeit in ihrer beruflichen Ausbildung nicht gefördert wer-

den. Im Gegenteil, die Nachtschicht, die eine Woche lang geleistet werden muß, stellt soviel Anforderungen an den Körper des Jugendlichen, daß er müde und abgespannt seine Arbeit auch in den nachfolgenden Tagsschichten verrichtet und wenig Interesse für seine Berufsausbildung aufbringen kann.

Die Fassung, daß Gründe des Gemeinwohls und die jetzige Wirtschaftslage zur Genehmigung für ausnahmsweise Nacht- und Sonntagsarbeit führen können, wird von den Arbeitgebern wie auch in der zurückliegenden Zeit bei ähnlichen gesetzlichen Verankerungen weithin ausgenutzt werden, vor allen Dingen dann, wenn die Gewerbeaufsichtsbeamten das gleiche Entgegenkommen den Arbeitgebern zeigen, wie dies beim Erlaß der Verordnung vom R.A.M. aus gesehen ist. Es wird Verpflichtung der Familienväter sein, daß sie ihre Kinder der nützlichsten Ausbeutung der Industrie nicht zur Verfügung stellen.

Die im § 2 Ziff. 3 und 4 der Verordnung vorgenommene Erweiterung, daß Arbeiterinnen über 16 Jahre an vollkommen selbsttätig arbeitenden Schleifmaschinen mit Naßschleifen, und an Eichmaschinen auf Grund besonderer Genehmigungspflicht und besonderer Betriebsanordnungen, die den Anforderungen des Gesundheitsschutzes entsprechen, beschäftigt werden können, hat bei den Arbeitnehmerorganisationen bereits bei Bekanntwerden des Entwurfs für die Verordnung erbitterten Widerspruch ausgelöst und dazu geführt, daß in besonderer Eingabe an den Reichsrat das Unmöglich dieser Erweiterung vom Standpunkt des Gesundheitsschutzes sowie aus arbeitsmarktpolitischen Gründen nachgewiesen wurde.

Wir werden es bald erleben, daß Streit einsetzt über den Begriff der „vollkommen selbsttätig arbeitenden Schleifmaschinen usw.“ (die es bis auf eine Ausnahme überhaupt nicht gibt.) Jeder Gewerbeaufsichtsbeamte kann hier verschiedener Meinung sein, wie wir in zurückliegenden Zeit bei wiederholten Beschwerden gleicher Art unsererseits feststellen konnten (Fall Fürth).

Für die Erweiterung der Verordnung ist bedauerlicherweise, soweit wir informiert sind, nur auf ein ärztliches Gutachten eines bekannten Gewerbehygienikers Herrn Prof. Dr. Kölsch, Bezug genommen worden, währenddem man die gegenteiligen Äußerungen der Gewerkschaften und anderer ärztlicher Kapazitäten nicht beachtete.

Die Öffentlichkeit muß zu der Ansicht kommen, daß das Reichsarbeitsministerium bei Verabschiedung der Verordnung stark unter dem Druck der jetzigen wirtschaftlichen Verhältnisse, insbesondere aber auch unter dem Druck der Arbeitgeberverbände gehandelt hat. Die Arbeitskraft ist das Volkvermögen. „Sie muß geschützt werden“, war bislang die Losung. Bei vorstehend erwähnter Verordnung ist man aber sehr stark hiervon abgewichen. Es zeigt sich, daß der Ausbau der Sozialpolitik und die praktischen Auswirkungen derselben immer bestimmt werden durch das Maß, in dem sich die Staatsgewalt bereit zeigt oder genötigt werden kann, sozialpolitischen Forderungen nachzugeben. Wir bitten die Betriebsräte, daß die neue Verordnung entsprechend der Vorschrift an sichtbarer Stelle im Betrieb durch die Firma ausgehängt wird. M. K.

Bleikristallglasindustrie kündigt Lohntarife

Die Arbeitgeber der Bleikristallglasindustrie des Glatzer Bezirkes und des Riesengebirges haben zum 30. April 1932 ebenfalls die Lohnverträge aufgekündigt.

Für das Riesengebirge hat man außerdem die Kündigung für den Manteltarifvertrag ausgesprochen.

Mit diesen Aufkündigungen kann nun dauerlicher Weise festgestellt werden, daß für die gesamte Glasindustrie die Tarifverträge zum 30. April 1932 ablaufen.

Die Arbeitgeber in den vorgenannten Bezirken haben ebenfalls aus der verkehrten Lohnpolitik der letzten zwei Jahre nichts gelernt. Gerade die Luxusglasindustrie leidet unter der Schrupfung der Kaufkraft des Arbeiters, des Angestellten und des Beamten am allermeisten, trotzdem die Forderung auf weiteren Lohnabbau mit der Zeit schon feststehenden Gewißheit, die Krise in der eigenen Industrie damit zu verschärfen. Die Not der Zeit wird jedoch auch diesen Arbeitgebern die Vernunft noch einmal beibringen müssen.

Steinach-Lauscha

In den Orten des Christbaumschmuckindustriegebiets waren die Nationalsozialisten und einige nationalsozialistische Pfarrer in den Wintermonaten in der Lage, Betteluppen zu verteilen, um ihre politische Propaganda zu fördern. An der gesteuerten nationalsozialistischen Stimmenzahl in vielen Orten des Südtüringischer Heimindustriegebiets bei der Reichspräsidentenwahl zeigte sich auch der Erfolg dieser politisch beeinflussten Wohlfahrt. Woher die Hitlerleute und Pfarrer das Geld zu so getarnter Agitation im dortigen Elendsgebiet hatten, war bisher nicht bekannt. Das Rätsel ist nun gelöst. Der Woolworth-Konzern stiftete der Hitlerpartei Geld für „Winterhilfe“. Woolworth ist der große amerikanische Warenhauskonzern, der viele Einheitspreisgeschäfte in der ganzen Welt hat, und der den vielen Heimarbeitern Südtüringens Aufträge zukommen läßt, wenn sie hübsch brav sind und ganz billig für ihn und für die Vorleger arbeiten.

Im Zusammenhang mit den Unterschlagnungen eines Nationalsozialisten in Erfurt stellte sich heraus, daß die Firma Woolworth der Hitlerpartei finanzielle Unterstützung zukommen ließ. Der Konzern gibt das auch zu, er will es aber erst nach dreimaligem Auffordern getan haben.

Die Heimarbeiter, die bei den Wahlen Hitler ihre Stimme gegeben haben, wissen nun, von wem und von wessen Geld sie in Wirklichkeit Winterhilfe bekommen.

Sie können aus dieser Begebenheit aber auch noch erlernen, daß die Reden der Hitlerleute gegen die Warenhäuser und gegen die Juden nie ernst sein können, sonst würden sie doch bei Warenhauskonzernen und Juden nicht schnorren gehen. Außerdem würden diese auch keinen Pfennig geben, wenn sie nicht bestimmt wüßten, daß die Hitlerpartei offensichtlich schwindelt, wenn sie Warenhäuser und Juden den Kampf ansagt. Eine Partei, die ihre Grundsätze und ihr Programm um Geld verleugnet, wie die Hitlerpartei, ist nicht wert, daß ihr auch nur ein Arbeiter nachläuft. Ihre Versprechungen sind nur Bluff und dienen zum Dummensfang, das zeigen ihre Taten und Handlungen wie im Falle Woolworth.



Staublungenerkrankungen

In Nr. 13 der „Keramischen Rundschau“, vom 31. März 1932, lesen wir einen Bericht über die außerordentliche Sektionsversammlung der Sektion IX (Bayern) der Töpferberufsgenossenschaft am 3. September 1931 im Bahnhofshotel zu Marktredwitz, der auch der Arbeiterschaft recht Interessantes bietet und ihr zeigt, welche Meinung in Arbeitgeberkreisen über die Staublungenerkrankung als entschädigungspflichtige Berufskrankheit vorhanden ist.

Der Bericht ist von Herrn Paul Rauschert gezeichnet. Rauschert-Betriebe sind in Hüttengrund (Thüringen), Prossig, Steinbach a. W., Steinwiesen (Oberfranken) und Schmiedoberg (Schlesien) gelegen.

Nach Herrn Rauschert war die Versammlung beschämend kläglich besucht, noch nicht einmal die in Marktredwitz ansässigen Porzellanfabrikanten hätten es für notwendig erachtet zu erscheinen, ungefähr 16 Personen seien anwesend gewesen, und die übrigen hätten ihren Mittagsschlaf nicht opfern wollen.

Dr. Schmitz, der Verwaltungsdirektor der TBG., hielt einen Vortrag über die Belastungen, die durch die Staublungenerkrankung der TBG. entstanden ist. Er erwähnte, nachdem die Staublungenerkrankung von den Sachverständigen als eine typische Krankheit der Porzellanfabrik festgestellt worden sei, habe das Reichsversicherungsamt verlangt, daß die Belastungen, die daraus erwachsen, ausschließlich von der Porzellanindustrie getragen werden. Auf dringende Vorstellungen des Vorstandes der TBG. hin habe jedoch das Reichsversicherungsamt den Standpunkt revidiert und habe mit Rücksicht auf das Prinzip der Gesamthaftung beschlossen, die Belastung von allen Betrieben die in der TBG. vereinigt sind, tragen zu lassen. Selbstverständlich habe dies den sofortigen Widerspruch dieser anderen keramischen Gewerke zur Folge gehabt. Man habe dieses Widerstreben nur beseitigen

können, indem man die Staublungen zwar auf alle Betriebe umlege, aber die Porzellanindustrie in die Gefahrenklasse 5 setze. Hierdurch entsteht bei der Porzellanindustrie ein zusätzliches Mehraufbringungs-Soll von 150 000 RM. Es sei dies zwar bitter, aber der einzig gangbare Weg.

Von der darauf erfolgten Aussprache berichtet Herr Rauschert folgendes:

Mit einem weiteren Anwachsen der Lasten sei zu rechnen. Es sei aber ein Umding zu verlangen, daß, wenn früher 1000 Betriebe das Umlage-Soll aufbringen mußten, heute nur noch 500 und bald noch weniger Betriebe die gleiche Leistung zu übernehmen haben. Der Aufgabenkreis der Berufsgenossenschaft werde verkannt, wenn deren Verwaltungsorgane ihre Aufgabe nur darin erblickten, Beiträge hereinanzuziehen und zu verteilen.

Wir erblicken, so sagt der Bericht weiter, die Aufgabe der Berufsgenossenschaft auch darin, daß sie von sich aus als geschlossene Arbeitgeberorganisation Gelegenheit nimmt, in enger Fühlungnahme mit dem Verbands- und Industrie- und Handelskammern und den Reichstagsabgeordneten zu versuchen, diese Sozialbelastung in erträgliche Grenzen zu halten. Der Auffassung der Verwaltung der TBG., bei dieser Arbeit der Abwehr nicht mitarbeiten zu brauchen, könne man keineswegs zustimmen. Wenn der Verwaltungsdirektor der TBG. davon spreche, daß bei einer Nichtübernahme der zusätzlichen Belastungen mit einer Einbeziehung der Berufsgenossenschaft-Selbstverwaltung in die allgemeine Sozialversicherung zu rechnen sei, dann sollte er doch selbst das größte Interesse daran haben, untragbare Belastungen abzuwehren. Es müsse festgestellt werden, daß die Verwaltung der TBG. ihre praktische Aufgabe verkenne, derartige Mehrbelastungen ohne Gegenaktion der Porzellanindustrie zur Übernehmung zu empfehlen. Die Berufsgenossen-

schaften seien dazu da, Berufsunfälle zu entschädigen und zu vergüten, nicht aber für Berufskrankheiten einzutreten. Hierfür sind die Kranken-, Invaliden- und Angestelltenkassen vorhanden. Es könne nicht im Sinne einer Sozialversicherung liegen, Belastungen zu schaffen, die gegenüber dem Jahre 1928 bei der Übernahme der neuen Gefahrenklasse 5 eine Steigerung von 150 bis 200 Proz. ergeben. Die Porzellanindustrie habe kein Interesse daran, sich in dieser unerhörten Weise noch weiter belasten zu lassen. Von einem Punkt an verliere auch das Schreckgespenst, die Übernahme der Berufsgenossenschaft-Selbstverwaltung in die allgemeine Sozialversicherung seine Zugkraft. Noch heute leiden die Betriebe darunter, daß sie die Umlage für 1930 nur in Ratenzahlungen aufbringen können, und trotzdem liegt schon ein neuer Vorauszahlungsbescheid vor, der den verminderten Belegschaften wie auch der allgemeinen Wirtschaftslage in keiner Weise Rechnung tragen.

Der Bericht schließt mit den Worten, es wird Zeit, daß sich die Geschäftsführung der TBG. ihrer Aufgabe zur Wahrung auch der Arbeitgeberinteressen erinnert und daß auch die Porzellanindustrie prüft, ob sie nicht durch eine Organisation der Selbsthilfe sich gegen derartige Weiterbelastungen wehren soll.

Diesen Bericht kann man einmal deutlich nennen. Hier haben Arbeitgeber ihr wahres Gesicht gezeigt, und Herr Dr. Schmitz hat einmal Unternehmer reden hören, wie es sonst nur die Arbeiter gewöhnt sind.

Wir müssen es als eine Vermessenheit, um kein schärferes Wort zu gebrauchen, bezeichnen, wenn man derartig über Staublungenerkrankung redet. Wir fragen Herrn Rauschert und die übrigen Herren der Sektion IX der TBG., was soll mit den 40-jährigen Porzellanarbeitern geschehen, wenn sie sich nach kaum 20-25-jähriger Tätigkeit diese Todeskrankheit in den Porzellan- und Steingutbetrieben geholt haben? Dabei werden Schwierigkeiten

igkeiten über Schwierigkeiten gemacht, ehe ein Arbeiter überhaupt in den Genuss der Rente kommt. Wir können fast jede Woche feststellen, daß wenn auf Grund der Bezeichnung „schwere Staublinge“ einem Arbeiter die Rente zugesprochen ist, dieser nicht mehr lange lebt. Seine Tage sind gezählt.

Die Steingutarbeiter fallen noch nicht einmal unter die Verordnung. Das ist eine Ungerechtigkeit sondergleichen. Nach den neuesten Untersuchungen mehrerer Wissenschaftler, unabhängig voneinander, in Sachsen und in Nonhaldensleben, sind die Steingutarbeiter in gleichem Maße gefährdet wie die Porzellanarbeiter. Wir müssen mit Energie verlangen, daß endlich die Steingutarbeiter genau so behandelt werden wie die Porzellanarbeiter.

In diesem Zusammenhang verweisen wir auf die Untersuchungen bei Steingutarbeitern bei Villoroy & Boch in Dresden durch Prof. Kostoski und Prof. Saube (Dresden) weiter bei Steingutarbeitern in Nonhaldensleben und Magdeburg durch Medizinalrat Dr. Erika Rosenthal (Dresden), Dr. Walter Landau und Prof. Dr. W. Rosenthal, ferner auf die Lungenuntersuchungen im Steingutgewerbe in Colditz in Sachsen durch den Tuberkuloseforscher Dr. R. Czarnecki (Leipzig) und Landesgewerbestatthalter Prof. Dr. Thiele (Dresden).

Einmütig kommen die zuletzt genannten Herren zu der Auffassung, „die schwere Staublungerkrankung sowohl allein als auch in Verbindung mit Tuberkulose auch bei den Steingutarbeitern als Berufskrankheit im Sinne der 2. Verordnung anzuerkennen“.

Herr Rauschert und mit ihm die Sektion IX der TBG. Bayern möchten am liebsten den Porzellanern noch die Rente nehmen.

Was müßten die Porzellan- und Steingutarbeiter für einen Lohn erhalten, um gegen die Gefahr dieser Krankheit geschützt zu sein und um, wenn sie in noch jungen Jahren arbeitsunfähig werden, vor dem Verhungern geschützt zu sein? Das haben die Herren vergessen zu erwähnen.

Da waren Prof. Dr. Thiele und Dr. Czarnecki gewissenhafter und objektiver, sie beschrieben am Schluß ihres Untersuchungsberichtes: „Und endlich wäre es vom Standpunkt des allgemeinen Gesundheitsschutzes

wünschenswert, wenn auf alle diese Fragen in den entsprechenden Tarifverträgen mehr Rücksicht genommen würde: Arbeitszeit und Urlaub beeinflussen selbstverständlich auch die Möglichkeiten einer Vorbeugung und schließlich auch Bekämpfung der Staublungerkrankungen“.

Sie hätten nur noch dazu sagen brauchen: Die Akkordschuterei und der niedrige Lohn beeinflussen ebenfalls diese Volkseuchegefahr sehr ungünstig. Tuisko Apel.

Porzellanindustrielles

Ueber die Beschäftigungslage der Porzellanindustrie geben die Handelskammern gewöhnlich Berichte heraus, aus denen wir für die oberfränkische Porzellanindustrie folgendes entnehmen:

Die Beschäftigung ist im ersten Quartal 1932 in Oberfranken gegenüber dem gleichen Monat der Vorjahre ganz beträchtlich zurückgegangen. Schwere Einbußen hat vor allem der Export erlitten. Das Inland kaufe nur sehr zögernd. Die ungewöhnliche Stille des Baumarktes beeinträchtigt die Beschäftigungslage vieler Industrien ganz außerordentlich.

Vom Beschäftigungsgrad heißt es: In der Porzellanindustrie Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten zwischen 30 und 70 Prozent. In Kunst- und elektrotechnischem Porzellan geringere Beschäftigung als in Geschirrporzellan. Der Beschäftigungsgrad bewegte sich im Berichtszeitraum teilweise in etwas aufsteigender, teilweise weiterhin absteigender Linie. Einigen Neueinstellungen stehen Entlassungen gegenüber.

Im Dezember und Januar war der Auftragsbestand in der Porzellanindustrie zusammenschmolzen. Mit der Reisetätigkeit nach den Inventurausverkäufen setzte eine Belöhung des Inlandsgeschäftes ein, da die Lager geräumt waren und sich zurückgehaltener Bedarf meldete. Die Leipziger Frühjahrsmesse brachte unterschiedliche Ergebnisse. Im ganzen bewegten sich die Bestellungen in kleinem Rahmen. Der Auftragsbestand blieb um 30 bis 50 Prozent gegenüber dem Frühjahr 1931 zurück. Das Auslandsgeschäft ist durch Zoll- und Devisenschwierigkeiten gelähmt. U. S. A. hat allein auf der

Leipziger Messe leidlich gekauft. Nach wie vor empfindliche Konkurrenz des englischen Steingutes und Halporzellans sowie des japanischen und tschechoslowakischen Porzellans vor allem im Inland.

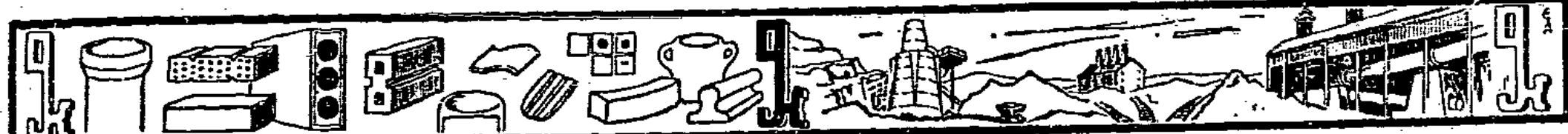
Von den Betrieben in der Oberpfalz berichtet die Handelskammer in Regensburg:

Der Auftragseingang in der Porzellanindustrie bewegte sich wiederum in engen Grenzen. Gekauft werden nur die allerbilligsten Artikel, deren Preise durch die abgleitende Wirtschaftslage und Überproduktion ständig abbrechen. Der Absatz im Inland ging durchwegs weiter zurück. Der gegenwärtige Versand ins Ausland übt auf die Beschäftigung verschiedener Porzellanunternehmungen der Oberpfalz fast keinen Einfluß mehr aus. Das Geschäft mit den skandinavischen Ländern ist durch den Währungsrückgang fast ganz zum Erliegen gekommen.

Die Handelskammerberichte stimmen auch mit den Meldungen unserer Kollegenhaft überein. Es sind die reinsten Mißsachrichten.

Ernst Dalibor †

Der Kollege Ernst Dalibor, Porzellan-dreher in Teltow, ist im 56. Lebensjahr an der Staublungerkrankheit verstorben. Mit dem Kollegen Dalibor ist ein alter Kampfgenosse der Porzellanarbeiter von uns gegangen. Schon in früherer Jugend trat er dem Porzellanarbeiter-Verband bei und er hat seinem Verband bis zu seinem Lebensende die Treue gehalten. Viele Male war Ernst Dalibor hervorragend an Streiks, die die Porzellan-dreher führten, beteiligt. Immer fand man ihn mit in der ersten Reihe. Den allgemeinen Streik der elektrotechnischen Branche im Jahre 1912 hat er 40 Wochen lang mitgeführt. Viele Vertrauensposten hat Dalibor im Verband bekleidet. Im Jahre 1921 berief ihn die Zahlstelle Coburg zu ihrem Geschäftsführer. Dort war er bis 1927 tätig. Danach fand er in Teltow wieder eine Arbeitsstelle. Auch andere Ehrenposten hat unser Freund Ernst in der Arbeiterbewegung bekleiden können. So unter anderem nach Kriegsende die zweite Bürgermeisterstelle in Teltow. Nun ist er viel zu früh der Staublungerkrankung erlegen. Wir werden ihm ein dauerndes Andenken bewahren!



Verschacherung der Jura-Werke in Holzheim

Wir bringen einen sehr lehrreichen Auszug aus dem Handbuch für sozialdemokratische Wähler zur Landtagswahl 1933 in Württemberg, der sicher unsere Leser fesseln wird:

In der Kriegszeit wurde vom Staat in Holzheim, Oberamt Göppingen, ein Oelschieferwerk ins Leben gerufen. Zweck der Errichtung dieser Anlage war, die in der dortigen Gegend vorhandenen umfangreichen Oelschieferlager nutzbar zu machen und auf diese Weise Betriebsstoffe zu gewinnen, an denen zu jener Zeit großer Mangel war.

Nach Beendigung des Krieges war die Fortführung dieses Betriebs in der ursprünglichen Form nicht mehr möglich. Betriebsstoffe standen nun wieder in großen Mengen zur Verfügung und konnten zu Preisen bezogen werden, die weit unter dem Selbstkostenpreis der Jura-Oelschiefer-Werke in Holzheim lagen. Man kam dann auf den Gedanken, die Wirtschaftlichkeit der Betriebsanlagen dadurch wieder herbeizuführen, daß die Schieferasche, die bei der Oelgewinnung sich ergab, zur Herstellung von Zement und von Bausteinen verwendet wurde. Das in Holzheim gewonnene Bindemittel wurde „Jura ment“ genannt. Es fand in sehr erheblichem Umfang, namentlich bei staatlichen Bauten, Verwendung. Dem von der Zementindustrie gelieferten Portlandzement hätte der „Jura ment“ gleichwertig gemacht werden können durch Zusatz von Stoffen, die aus den in der Nähe in großen Mengen lagernden Kalksteinen gewonnen werden konnten. Durch eine einfache Drahtseilbahn hätte das Steinmaterial sehr leicht den Jura-Werken in Holzheim zugeführt werden können.

Nun griff das Zementyndikat ein und kaufte das ganze Gelände, auf dem die Drahtseilbahn erstellt werden sollte, auf.

Dabei wurden Preise gezahlt, die weit über denen lagen, die sonst für Grundstücke in dieser Gegend erzielt werden konnten. Das Zementyndikat scheute keine Kosten, um zu verhindern, daß die Jura-Werke hochwertigen Zement herstellen und der übrigen Zementindustrie Konkurrenz machen konnten.

Die Aufwendungen des Staats für die Jura-Oelschiefer-Werke in Holzheim sind im Laufe der Jahre recht hoch geworden. Das Zementyndikat machte fortwährend die größten Anstrengungen, den Betrieb zugrunde zu richten. Es wurden sogar in Holzheim Spitzel gehalten, die ihre Auftraggeber über alles Wissenswerte zu unterrichten hatten. So erhielt die Zementindustrie von allen Einzelheiten über Umfang der Produktion und über den Absatz genaue Kenntnis.

Im Landtag stellten sich Abgeordnete in den Dienst der Zementindustrie gegen das staatliche Werk. Der Bürgerpartei Dr. Hölscher schrieb am 12. März 1933 nach vorausgegangenem Ausspruch mit maßgebenden Herren der Zementindustrie einen Brief, in dem er verlangte, daß Staatsmittel für die Jura-Werke nicht mehr verwendet würden. Es sei nicht angebracht, daß der Zementindustrie von einem mit staatlichen Mitteln geförderten Werk Konkurrenz gemacht werde. Wenn das nicht anhöre, würden die maßgebenden Kreise der Zementindustrie sich aus der Deutschnationalen Partei zurückziehen. Wörtlich erklärte „Zement-Hölscher“ in dem erwähnten Schreiben: „Wir verlieren auf diese Weise nicht nur das Vertrauen der Zementindustrie, sondern

auch der übrigen Industrie und unserer Anhänger überhaupt.“ Vorsitzender des Aufsichtsrats der Jura-Werke war zu dieser Zeit bereits Finanzminister Dr. Dohlinger, was Dr. Hölscher besonders unangenehm empfand.

Durch einen Zufall gelangte dieses Schreiben Dr. Hölschers in die Hände der sozialdemokratischen Fraktion. Es erregte großes Aufsehen, als von der Sozialdemokratie dieser Brief im Landtag bekanntgegeben wurde. Vorgeblich wurde zunächst versucht, den Vorgang abzustreiten.

Auf einmal begannen Verhandlungen zwischen Vertretern des Zementyndikats und Finanzminister Dr. Dohlinger mit dem Ziel, durch vertragliche Abmachungen die Übernahme der ganzen Zementherstellung des Holzheimer Werkes zu einem bestimmten Preis durch die Zementindustrie zu vereinbaren. Der Staat sollte sich verpflichten, in Holzheim die Zementherzeugung nicht weiter zu steigern.

Tatsächlich fand sich im Landtag eine Mehrheit für den Abschluß eines solchen Vertrages, bei dem der Staat sehr schlecht weggekommen ist. Es wurden bestimmte Mengen festgelegt, die von der Zementindustrie abgenommen werden sollten. Gleichzeitig wurde aber der Zementindustrie das Recht zugestanden, gegen Zahlung einer lächerlichen „Entschädigung“ rund ein Drittel der vereinbarten Mengen nicht abzunehmen. Ausdrücklich wurde ferner dem Holzheimer Werk verboten, Mengen, die von der Zementindustrie nicht abgenommen wurden, selber zu verkaufen. Außerdem legte der abgeschlossene Vertrag den Jura-Werken die Verpflichtung auf, jede Erweiterung ihrer Anlagen zur Herstellung von Zement zu unterlassen. Zulässig sollten nur solche technischen Verbesserungen sein, die nicht zu einer Mehrproduktion führen.

Die Sozialdemokratie wehrte sich mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln gegen den Abschluß eines derartigen „Vertrages“. Sie wurde aber von der Mehrheit des Landtags überstimmt. Umsonst versuchten auch der Städtetag und eine Reihe großer Gewerkschaften, das Unheil von Holzheim abzuwenden. Da dem Städtetag und den Gewerkschaften sehr viel daran lag, ein solches Geschäft gegenüber dem Zementyndikat zu erlösen, erklärten sie sich bereit, vertragliche Verpflichtungen einzuzugehen. Die Zementindustrie erklärte, während einer bestimmten Reihe von Jahren, die während auch die Reichsbahn und staatliche Stellen sich bereit erklärten, in Holzheim weiterhin in Holzheim zu bestehen, so war durch diese Anerbietungen die Möglichkeit geschaffen, da Holzheimer Werk auf eine sichere Grundlage zu stellen. Die Mehrheit des Landtags wollte aber um jeden Preis der Zementindustrie zu Gefallen leben, und so kam der für Holzheim ruinöse Vertrag mit dem Zementyndikat zustande.

In der Folge wurde alles so, wie die Sozialdemokraten es vorausgesagt hatten. Da Verbesserungen in den Fertigungsanlagen nicht vorgenommen werden durften, ging das Holzheimer Werk technisch Jahr für Jahr mehr zurück und geriet so in eine unbaltbare Lage. Statt der erwarteten Überschüsse ergaben sich Fehlbeträge, die den Staat zu weiteren großen Aufwendungen zwangen.

In einer Denkschrift, die Finanzminister Dr. Dohlinger im Auftrag der Regierung dem Landtag vor dem Abschluß des Vertrages mit dem Zementyndikat vorlegte, hieß es noch,

die volkswirtschaftliche Rücksicht mache es geradezu notwendig, daß der Staat mit dabei sei, wenn es sich darum handle, so reiche Bodenschätze, wie die Oelschieferlager, zu heben und für die württembergische Volkswirtschaft nutzbar zu machen.

Das Geld, was man hier aufwende, werde im Lande selber umgetrieben, weiterhin würden auswärtige Unternehmen ins Land gezogen zum Vorteil der heimischen Wirtschaft. Tausende von Waggons Kohlen, die sonst nach Württemberg einzuführen wären, könnten erspart werden. Die volkswirtschaftliche Seite werde sich immer mehr verbessern. Die volkswirtschaftliche Bedeutung der Oelschieferverwertung sei außerordentlich groß, das Werk habe noch eine große Zukunft vor sich. Diese Zukunft wurde durch den Vertrag mit dem Zementyndikat zerschlagen.

Im Jahre 1930 kam das dicke Ende. Die Regierung legte den Entwurf eines Vertrages mit der Zementindustrie vor, der dahin ging, daß ein im Besitz des Staates befindliches Aktienpaket im Nennbetrag von 2,5 Millionen an die Zementindustrie zum Preis von zwei Millionen Reichsmark übergeben sollte. Auch dieser Vertrag, der die Jura-Werke in Holzheim vollends der Zementindustrie auslieferte, hat gegen den Widerspruch der Sozialdemokratie die Zustimmung der Mehrheit des Landtags gefunden.

Der Staat hat der Zementindustrie gestattet, den Kaufpreis von zwei Millionen in zehn gleichen Jahresraten zu bezahlen. Ausdrücklich wurde in dem Vertrag bestimmt, daß ein Zins für die Verkaufssumme von der Zementindustrie nicht zu zahlen sei. Zwei Millionen wurden also vom Staat auf lange Zeit zinslos gestundet.

Noch mehr. Der Zementindustrie wurde weiter das Recht eingeräumt, für den Fall, daß die derzeitigen Zementverbände sich auflösen sollten, oder durch gegenseitigen Wettbewerb derselben untereinander oder der Verbände mit Außenseitern ein so starker Konkurrenzkampf entstünde, daß die Käuferfirmen bei Weiterzahlung der Raten in ihrer Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt würden, die fälligen Ratenzahlungen auszusetzen mit der einzigen Einschränkung, daß die Zahlungsaussetzung nicht länger als zwei aufeinander folgende Jahre oder im Wiederholungsfalle nicht länger als insgesamt drei Jahre dauern dürfe.

Der Vertrag enthält weiter eine Reihe Bestimmungen, die ein Vertragskontrahent, dem nicht daran gelegen hätte, der Zementindustrie zu Gefallen zu sein, nie eingegangen wäre. So übernahm der Staat die Verpflichtung, sich während der auf den Vertragsabschluß folgenden 25 Jahre weder mittelbar noch unmittelbar an irgendwelchen Unternehmungen zu beteiligen, welche die Erzeugung oder den Vertrieb von hydraulischen Bindemitteln zum Gegenstand haben. Ferner ging der Staat die Verpflichtung ein, für den Fall, daß bei einer Abbruchsammlung für das Holzheimer Werk von der Enteignung oder von der Übertragung auf eine andere Person Gebrauch gemacht würde, den Käuferfirmen zu gestatten, innerhalb vier Wochen nach Recht-kraft des Beschlagnahme-, Enteignungs- und Übertragungsbeschlusses von dem Vertrag mit rück-

wirkender Kraft zurückzutreten. In diesem Falle hätte der Staat nicht nur die sämtlichen von der Zementindustrie gezahlten Summen zurückzuerstatten, sondern außerdem diese Summen zu verzinsen! Was bedeutet das? Daß der Staat stillschweigend zusehen mußte, wie das Holzheimer Werk stillgelegt wurde!

Die Zementindustrie hat, wie nicht anders zu erwarten war, in der Folge sehr bald den Betrieb in dem Holzheimer Werk eingestellt. 300 Arbeiter und Angestellte wurden entlassen, ohne daß sich die Zementindustrie oder der Staat um das Schicksal dieser brotlos gewordenen Leute weiter bekümmert hätte. Der Gemeinde Holzheim ging auf diese Weise eine wertvolle Steuerkraft verloren. Die Zementindustrie aber hatte erreicht, was sie wollte: Sie ist jetzt die unerwünschte Konkurrenz los und kann die Preise für Zement nach ihrem Belieben festsetzen.

So hat die Regierung Polz-Bazille-Dr. Dohlinger unter Zustimmung der Regierungsparteien in diesem Falle das Vermögen des Staates verwaltet.

Nach Abschluß des Vertrags mit der Zementindustrie wurden schwere Vorwürfe gegen den kaufmännischen Leiter des Holzheimer Werkes, Dr. Seeger, laut. Er wurde beschuldigt, alle möglichen Schiebungen bezogen und sich zum Nachteil des Werkes bereinert zu haben. Der Landtag beauftragte den der Volksrechtspartei angehörigen Abgeordneten Hagel, den Sachverhalt zu prüfen und über das Ergebnis zu berichten. Nach dem Bericht des Abgeordneten Hagel würde Dr. Seeger in unerhörter Weise mit den Mitteln des Werkes gewirtschaftet haben. Seeger soll der Kasse der Jura-Werke ohne Genehmigung Mittel für private Zwecke entnommen haben. Weiter wird er beschuldigt, zusammen mit anderen teils die Forstverwaltung um recht erhebliche Summen geschädigt und außerdem Mittel der Jura-Werke zur Zahlung von Jagdpachtzinsen und dergleichen mehr verwendet zu haben. Verantwortlich für diese Dinge, deren Untersuchung noch nicht abgeschlossen ist, wäre der Aufsichtsrat, dessen Vorsitzender Finanzminister Dr. Dohlinger war. Vom Finanzministerium wird dem Berichterstatter Hagel vorgeworfen, er habe sich einseitig zum Nachteil Dr. Seegers betätigt und die andere Seite nicht ausreichend zum Wort kommen lassen. Es kann dem Abgeordneten Hagel überlassen werden, sich gegen diese Anschuldigung zu wehren. Vorläufig sieht es aber so aus, als ob Vorgänge der übelsten Art sich in Holzheim zugetragen hätten und das Werk förmlich zugrunde gerichtet worden sei.

Bei den sehr eingehenden Verhandlungen, die darüber im Landtag stattfanden, beantragte die Sozialdemokratie, der Landtag solle aussprechen, er bedauere, daß der Aufsichtsrat der Jura-Oelschiefer-Werke AG. das Verhalten des Direktors Dr. Seeger nicht eingehender geklärt und, soweit es zu beanstanden war, nicht entsprechend geahndet und, soweit dadurch Schäden für die Gesellschaft entstanden sind, nicht vollen Ersatz gefordert hat. Ferner beantragte die Sozialdemokratie:

- 1. das Staatsministerium zu ersuchen, auf eine beschleunigte Erledigung des gegen Dr. Seeger schwebenden staatsanwaltlichen Verfahrens hinzuwirken;
- 2. für den Fall, daß dieses Verfahren zu keiner befriedigenden Klärung der gegen die kaufmännische Leitung der früheren Jura-Oelschiefer-Werke erhobenen Vorwürfe bringen sollte, einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß einzusetzen.“

Der Mehrheit des Landtags ging dieser Antrag zu weit. Sie beschloß, die Frage der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Sachen der Jura-Oelschiefer-Werke AG. bis nach dem Abschluß des schwebenden Strafverfahrens zurückzustellen, dagegen die Regierung zu ersuchen, auf eine beschleunigte Erledigung des Strafverfahrens nachdrücklich hinzuwirken.

Man kann gespannt sein, was bei dem Verfahren herauskommt. Daß dem Staat Schaden erwuchs, der nicht mehr gutgemacht werden kann, steht heute schon fest.

Rheinzabern

Daß wir heute in einer Wirtschaftskrise größten Ausmaßes leben, dazu wollen wir uns weitere Worte ersparen. Hierzu gaben die Berichte in unserer Generalversammlung der Zahlstelle genügend Aufschluß. Daß aber die größte Notlage der Ärmsten der Armen von den Arbeitgebern so ausgenutzt wird wie in unserem Zahlstellengebiet, ist mehr denn fraglich. Im allgemeinen sagt man, die Arbeitgeber wollen die Zustände der Vorkriegszeit wieder herstellen. Die Notverordnungen des Reichspräsidenten (soweit diese noch für die Arbeiterschaft erträglich zu sein scheinen), werden geradezu mit Füßen getreten. Durch Schiedsspruch auf Grund der Notverordnung dürfen die Löhne nicht unter dem Stand von 10. Januar 1927 sinken. Laut dieses bindenden Schiedsspruchs vom 9. Januar 1932 beträgt der Ecklohn für Ziegelei Teuwens, Rheinzabern, 61 Pf., und für Ludowiz, Jockgrim, 61,5 Pf. pro Stunde. Die Firma Teuwens, Rheinzabern, gibt aber durch Anschlag bekannt, daß nur 55 Pf. bezahlt werden. Wie man hört, will die Firma Ludowiz, Jockgrim, die Firma Teuwens noch übertreffen und den Rekord schlagen. Und dabei stellen beide Arbeitgeber (Palzziegeleien) so gut wie keine Arbeiter ein. Sie vergrößern also bewußt die Arbeitslosigkeit, um die Arbeiter müde zu machen, und die wenigen Arbeiter, die im Betriebe sind oder auf Gnade und Barmherzigkeit eingestellt werden, sollen Fronarbeit verrichten. Die heutige Klassenbewußte Arbeiterschaft soll also um 100 Jahre zurückversetzt werden, in eine Zeit, in der es keine Arbeitslosenversicherung, kein Arbeitsrecht und keine Arbeitsgerichte gegeben hat. Eine Zeit, in der der Arbeiter als Mensch zweiter Klasse behandelt wurde, eine Zeit, wo der Arbeiter um seinen geringen Lohn noch geprellt wurde und obendrein noch

Prügel bekam. Überall Willkür und Rechtslosigkeit. Um diesen Zustand wieder herzustellen, ist den Feinden der Arbeiterklasse kein Mittel zu schlecht. Besonders haben sie es auf die Zerschlagung der Gewerkschaften abgesehen. Sie haben mit Recht eingesehen, daß ohne Zerstörung der Gewerkschaften ihre Wünsche nie in Erfüllung gehen. Mit den Gewerkschaften steilen und fallen alle Errungenheiten der Arbeiterschaft. Die Not ist heute größer denn je. Und diese Not wird heute auf Umwegen bei der Arbeiterschaft gegen diese selbst ausgenutzt für das „himmlische“ Dritte Reich. Das Dritte Reich ist gegen geordnete Arbeitsverhältnisse, gegen die soziale Gesetzgebung. Deshalb müssen wir unseren überzeugten Gewerkschaftern zurufen: Helft Aufklärung schaffen, helft mitarbeiten, das auch der letzte Mann unseres Organisationsbereiches dem Verbands der Fabrikarbeiter, Abteilung Keramischer Bund, zugeführt wird. Vieles ist durch die Einheit der Arbeiter erreicht worden, und um dieses zu erhalten, ist es heiligste Pflicht jedes einzelnen, nicht nur dem Verbands die Treue zu halten, sondern zu werben, damit noch Größeres erreicht werden kann. Deshalb alle Mann an Bord! Klar zum Gefecht, für Freiheit und Recht!

Dresden

Wieder ist einer der Alten dahingegangen. Unser Mitgründer der Zahlstelle Dresden, der Kollege Richard Weber, ist am 31. März 1932 verstorben. Mehr als 35 Jahre hat unser Kollege für die Interessen der Organisation gewirkt. Anfangs als Funktionär in den vordersten Reihen kämpfend, war er nach dem Kriege stiller Mitarbeiter, ohne daß er sich in den letzten Jahren besonders nach außen hin bemerkbar machte. Trotzdem hat er alles getan, um die Organisation zu fördern und zu heben. Wir verlieren in ihm einen unserer treuesten und besten Kollegen. Wir wünschen der Jugend, daß sie sich ihn als Vorbild dienen lassen möchte, um ebenso klar und zielbewußt für die Interessen der Arbeiterschaft zu wirken und einzutreten, wie er es sein ganzes Leben lang getan hat. Wir werden sein Andenken dauernd in Ehren halten.

Die Ortsverwaltung der Zahlstelle Dresden.

Liegnitz

25 Jahre bedeuten in der heutigen schnelllebigen Zeit nicht allzu viel. Für die Verbandsgeschichte jedoch sind 25 Jahre immerhin von wichtiger Bedeutung, weil im Kampf um die wirtschaftliche Besserstellung der Arbeiterklasse so manches Bollwerk überwunden werden mußte. Für die gewerkschaftliche Betätigung und Aufklärung der Mitglieder war Schlesien von jeher ein steiniger Boden. Deshalb fallen die Gründerjahre der gewerkschaftlichen Marksteine in eine verhältnismäßig späte Zeit hinein, nachdem in anderen Gegenden Deutschlands längst die Arbeiterklasse erkannt hatte, wie notwendig der gewerkschaftliche Zusammenschluß ist. Das Jahr 1907 ist für viele Zahlstellen Schlesiens und auch für den Gau VI Schlesien das Gründungsjahr. Anfang des Jahres 1907 wurde auch in Liegnitz der Zimmerer Gen. Gleininger vom Gewerkschaftskartell beauftragt, sich um die Organisierung der ungelerten Arbeiter zu bemühen. Nachdem in den Monaten Januar, Februar und März öffentliche Versammlungen stattgefunden hatten und die Agitation unter den ungelerten Arbeitnehmern betrieben wurde, konnte am 14. April 1907 die Eröffnung der Zahlstelle Liegnitz des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands mit 37 Mitgliedern erfolgen. Zunächst erstreckte sich die Agitation auf die Betriebe der Ziegerei und Sägewerke. Da aber die damaligen Berufsverbände die ungelerten Arbeiter in der übrigen Industrie entweder gar nicht oder nur ungern aufnahmen, wurden auch diese vom Fabrikarbeiterverband organisiert. Die in der damaligen Zeit vornehmlich in den Ziegereien vorhandene sehr schlechte Entlohnung und Behandlung und die lange Arbeitszeit erleichterten die Agitation. Die Arbeiterschaft erkannte immer mehr, daß nur durch gewerkschaftlichen Zusammenschluß eine Verbesserung ihrer Lebenslage erfolgen könne, so daß am Ende des Jahres 1907 die Zahlstelle bereits 90 Mitglieder hatte.

Welche Bedeutung die Zahlstelle Liegnitz im Gau hatte, geht daraus hervor, daß bereits am 26. und 27. Dezember 1907 die erste Gaukonferenz in Liegnitz stattfand. In den folgenden Mitglieder- und öffentlichen Versammlungen haben sich die Breslauer Kollegen recht reger als Referenten betätigt. Vor allem war es bis zum Ausbruch des Krieges der Kollege Kowalzik, der mit aller Kraft und Energie bestrebt war, die Zahlstelle Liegnitz vorwärtszubringen. Außer anderen auswärtigen Referenten berichtete Kollege Neuring, Dresden, im Jahre 1908 über den Gewerkschaftskongress. Die beiden letzteren Kollegen sind leider zu früh für die Bewegung verstorben. Kowalzik starb den Helden- und Neuring wurde von dem Nachkriegsradikalismus gemordet.

Durch die rührige Agitation der damaligen Funktionäre erreichte die Zahlstelle bis zum Ausbruch des Krieges einen Mitgliederbestand von 382 männlichen und 82 weiblichen Mitgliedern. Leider war es bis zu dieser Zeit nicht möglich, einen Tarifvertrag abzuschließen. Die Nachkriegszeit brachte wie überall einen außerordentlichen Zustrom zu den Gewerkschaften. Deshalb wurde von der Gewerkschaft bei der Gründung von bezirkzahlstellen die Zahlstelle Liegnitz als Sitz einer solchen ausersehen. Als 1. Geschäftsführer unserer Bezirkszahlstelle wurde der Kollege Hermann Campig am 1. Juni 1919 angestellt. Durch seine intensive Tätigkeit für den Fabrikarbeiterverband wurde die Mitgliederzahl durch Erfassung weiterer Betriebe und Gründung neuer Ortsgruppen ganz wesentlich erhöht, so daß bereits am 1. Juli 1920 der Kollege Späte als 2. Geschäftsführer ein-

trat. Durch Kartellverträge mußten auch wir eine beträchtliche Zahl von Mitgliedern an andere Verbände abgeben. Aber auch die furchtbare Wirtschaftskrise hat den Mitgliederbestand der Zahlstelle ganz wesentlich vermindert. Da wir eine sehr starke Ziegelindustrie haben, ist es erklärlich, daß die Arbeitslosigkeit in unserem Zahlstellengebiet außerordentlich groß ist, hinzu kommt noch die Auswirkung der Kontingentierung in der Zuckerindustrie, wodurch ebenfalls die Arbeitslosigkeit stark vermehrt wurde. Trotz allem kann festgestellt werden, daß wir auf dem Gebiete des Tarifwesens wesentliche Fortschritte gegenüber der Vorkriegszeit gemacht haben. Vor dem Kriege bestand kein einziger Tarif, während heute 30 Betriebe Bezirkstarifen und 8 Betriebe Betriebsstarifen unterstehen. Daß der Verband seinen Mitgliedern ein Helfer in der Not ist, beweisen die Summen, die an Unterstützung ausgezahlt worden sind. Im Jahre 1931 wurden an Unterstützung 32 000 RM in unserem Zahlstellengebiet gezahlt, davon 7000 RM Invalidenunterstützung.

Die Jubiläumsfeier, welche am 19. März dieses Jahres im Volkshaus stattfand, wurde verbunden mit der Ehrung von 20 Jubilaren. In seiner Festrede schilderte Koll. Thiem, Breslau, die Entwicklung der Zahlstelle Liegnitz.

Uns alle besetzt der Wunsch und die Hoffnung, daß die heutige Wirtschaftskrise überwunden werden muß und unsere Mitglieder wieder in den Produktionsprozeß eingereiht werden, damit wir dann wieder mit neuer Kraft den Kampf gegen das Unternehmertum aufnehmen können, das die heutige Notlage dazu benutzt, die Lebenslage der Arbeiterschaft auf einen außerordentlichen Tiefstand herabzudrücken. Deshalb weg mit aller Mutlosigkeit und Verzweiflung. In den zurückliegenden 25 Jahren hat der Verband manch steinigen Weg gehen müssen, um so manches Bollwerk zu überwinden, deshalb werden wir auch die Zukunft meistern, wenn wir wollen.

Werbearbeit hat Erfolg!

In der Zahlstelle Köln wurden im I. Quartal 1932 dem Verbands im Monat Januar dieses Jahres 74, im Monat Februar 81, im Monat März 87 Mitglieder zugeführt. Auch hier

wieder das Entreeleiche, wo geworben wird für den Verband, bleibt der Erfolg nicht aus. Wer kann über ähnliche Erfolge berichten?

Gute Werbeerfolge

Unsere Zahlstelle Offenbach a. M. hatte trotz der starken Erhiterung, die durch die 15prozentige Lohnsenkung der Notverordnung vom 8. Dezember 1931 ausgelöst wurde, gute Werbeerfolge.

Im I. Quartal konnten sie 50 Neuaufnahmen und 16 Uebertritte erzielen. Den stärksten Anteil daran hat unser Ortsvertrauensmann in Klein-Auheim, der Kollege Joh. K. Horn, der zugleich Vorsitzender des Betriebsrates der Hess. Gammwarenfabrik Fritz Peter AG. in Klein-Auheim ist. Er hat im I. Quartal 1932 durch 45 Aufnahmen und 14 Uebertritte der Organisation 59 neue Mitglieder zugeführt. Besonderes Lob verdient der Obmann der dortigen Agitationskommission, der Kollege Heinrich Laux. Durch die bekannten Begleiterscheinungen, die durch die Lohndiktate der Notverordnung ausgelöst wurden, glaubten ein Teil der Mitglieder an Organisationsgedanken verzweifeln zu müssen. Dem Kollegen Laux ist es in 25 Fällen gelungen, die Betroffenen der Organisation zurückzugewinnen und außerdem noch zwei Neuaufnahmen zu erzielen.

Ausschlüsse

Ausgeschlossen wurde auf Grund des § 14, Ziff. 3a, in Verbindung mit § 14, Ziff. 5, des Statuts das bisherige Mitglied der Zahlstelle Oranienburg: August Dehnert, Buch-Nr. S II 720487; Duisburg: Albert Müller, Buch-Nr. 823 214; ferner auf Grund des § 11, Ziff. 3a und c, in Verbindung mit § 14, Ziff. 5, das bisherige Mitglied der Zahlstelle Oranienburg: Franz Böhlert, Buch-Nr. S II 720 513.

Arbeitsmarkt

Tüchtiger, lediger Porzellannaler, mit allen Arbeiten vertraut, Spezialist in reichen Poliergold-Tafelsericedekoren und feinen Stempokanten, sucht Stellung.

Angebote erbeten an Zahlstelle des Fabrikarbeiter-Verbandes Zwickau, Außere Leipziger Straße 31.



Vom Sinn der Jugendgruppenarbeit

I. Jugendgruppen sind herausgewachsen aus dem Streben der Jugend nach Selbständigkeit, nach eigener Arbeit und Selbstverantwortlichkeit in der Gestaltung des eigenen Lebens. Für uns Arbeiterkinder hat dabei das Streben der allen Jugendbewegten aus dem Wandervogelkreise nach völliger Loslösung von Erwachsenen einflüssen und -interessen natürlich keine Geltung. Die guten Bürgeröhnen und davon leider auch seinerzeit beeinflusste proletarische Schichten konnten es sich vielleicht noch bis in die Kriegszeit hinein erlauben, vom „Klassenkampf“ der Jugend gegen das Alter zu reden und zu schreiben. In der Entwicklung der eigentlichen proletarischen Jugendbewegung spielten solche Gedanken nie eine bedeutsame Rolle. Hier war die Klassenschichtung ausschlaggebend; die Klassenschichtung, die sich heute in der schärfsten Krise des kapitalistischen Systems so besonders eindeutig bemerkbar macht. Und von der Grundlage der Klassenschichtung aus haben wir auch die Entwicklung unserer Jugendgruppen zu betrachten. Ihre Arbeit wird somit immer in derselben Linie gehen, wie die unserer älteren Klassen-genossen. Erkenntnis in diesem Sinne ist wichtige Voraussetzung bei der Vorbereitung der praktischen Arbeit. Es soll aber darüber hinaus noch durchaus mit erwähnt werden, daß neben solcher soziologisch wichtigen Wertung der Bedeutung unserer Jugendgruppen auch ihr Gemeinschaftswert nicht verkannt werden darf. Sie sind nun einmal heute auch die wichtigen Heimstätten der Jugend, die in der Zeit der Entwurzelung jedes Einzelnen im Familienkreis neue Gemeinschaftsformen vorbereiten.

II. Wie soll sich nun auf solchem Boden die praktische Arbeit zeigen? Jugend ist an sich quiklebendig und will somit Lebendigkeit in jeder Schaffierung, auch in der praktischen Betätigung, entwickelt sehen. Das ist durchaus richtig. Deshalb ist aber mit Musik, Gesang, Volkstanz und Geselligkeit dem Sinn der Gruppenarbeit noch nicht Genüge getan. Gerade für Gewerkschaftsjugendgruppen ist immer die ernste Arbeit an uns selbst, an Charakter-, Willens- und Wissensbildung besonders wichtig gewesen. Unsere Zeit mit ihrer ungeheuer schnellen Entwicklung in Wirtschaftsgestaltung, Arbeitsrecht, Sozial- und Tarifpolitik sieht immer neue Anforderungen an die Funktionäre der Arbeiterbewegung. Und darauf haben wir uns einzustellen. Alle Themen dieser Art, wie die der Bewegungsgesetze in der Gesellschaft und im Kulturanbau, der Geschichte der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Gewerkschaftsbewegung im besonderen, sowie der Organisationspraxis müssen hier immer wieder Durchleuchtung erfahren. Das soll nicht etwa in spezifischer wissenschaftlicher Forschungsarbeit geschehen, dafür sind besondere Kurse und Arbeitsgemeinschaften da. In der Gruppenarbeit sollen lediglich die allgemeinen Zusammenhänge aufgezeigt werden, damit jede Kollegin, jeder Kollege die Bedeutung des Men-

sehen im Wirtschaftsprozess und seine Aufgabe in der Gestaltung der Dinge in Richtung einer sozialistischen Umwandlung ahnt und in der eigenen Denkarbeit Folgerungen zieht. Wesentlich ist dazu noch, daß man in der Gruppe aus sich herausgeht, Fragen stellt und so zu lebendigen Diskussionen beiträgt. Unterhaltung, Diskussion führt viel mehr ein, als langatmige Referate. In der Funktionärschulung ist deshalb auch auf die Heranbildung guter Diskussionsleiter viel mehr Gewicht zu legen, als auf Referenten.

III. Wollen wir nun den Begriff von der Lebendigkeit des Jugendlebens nicht ganz beiseiteschieben, so ist selbstverständlich eine dementsprechende Gestaltung der Gruppenarbeit notwendig. Wirklich wissenschaftliche Themen dürfen daher das Monatsprogramm nicht allein ausfüllen, sondern es muß immer eine gewisse Auflockerung vorhanden sein. Freude und Geselligkeit sollen ja auch zu ihrem Recht kommen. Lichtbildervorträge, literarische Abende aller Art, die zugleich Wissen von den Vorbedingungen proletarischer oder sozialistischer Literatur und Kunst vermitteln; bunte Vortragabend, die von den Mitgliedern selbst ausgestaltet werden, und vieles ähnliche mehr sind zumindest mit wichtige Punkte unserer Gruppenarbeit. Daneben gehen schließlich noch Themen, die das Jugendleben selbst, die Zusammenarbeit der Geschlechter, Gesundheits- und Sexualfragen und dergleichen mehr betreffen. In allem aber soll immer wieder zur praktischen Mitarbeit angeregt werden. (Schluß folgt.)

Der Kämpfer

Der gewerkschaftliche Mensch nur kann die gewerkschaftliche Arbeit verstehen und würdigen. Nur, wer an einer Arbeit selber mitschafft und in ihr praktisch handelt, spürt seine Kraft und den Wert seiner Arbeit. Nur der handtunde Mensch sieht die Grenzen des Könnens, würdigt sein Werk und wächst durch sein Werk zu neuem und größerem Können.

„Der Mensch, der sich bloß erkennend verhält“, sagte Ricarda Huch einmal, „kommt nie zur Einheit, weil es unendliche Möglichkeiten für ihn gibt; erst handelnd begrenzt er sich und wird dadurch ein einheitliches Selbst.“ So wurde durch den Kampf der Masse nicht nur die Bewegung, sondern in der Bewegung auch der einzelne Mensch. Der Mensch der Kraft, der sich nicht innerlich auflöst in phantastisches Wollen, sondern der durch zähes Schaffen den Wirklichkeitswert seiner selbst verspürt. Der Kämpfer steht mitten im Leben. Er wurzelt in der Gegenwartigkeit. Der Widerstand wird ihm zum tätigen Trotz. Die Grenze des Könnens wird ihm zur Geduld der Kraft, die da warten kann, bis ihre Stunde gekommen. Und die da wartet, weil erst diese Stunde das Ziel ganz schafft. Der Kämpfer steht zwischen den Zeiten. Er phantasiert nicht von dem Zukünftigen. Er ruht

Schriften und Bücher

In der April-Nummer der Monatszeitschrift „Die Bauernzeitung“ kündigte diese Gemeinschaft wertvoller Buchpreise. Die jetzt wieder von der Jury der Deutschen Buchausstellung bei der Auswahl der 50 besten Werberpamphile 1931 ausgezeichnet wurde, oblag neue Werberpamphile mit fester die Herabsetzung des Monatslohns, von 75 auf 50 Pf., und die Menerung, das Fortschrittliche Bucher-Verlagsvermögen der Bucher-Verlag, hat 1931 alle Schlichterarbeiten ihrer Mitgliederarbeit nicht nur halten, sondern verbessert konnte. Die wertvollsten Pamphile, die den Mitgliedern der Bauernzeitung in die Hände kommen, enthält einen Artikel, der besonders auf die neue Werberpamphile „General und die Frauen“ von Walter Victor hinweist, und ein Pamphile bringt das Heft „Erzählendes und Bildgebendes“.

Der Nationalsozialismus eine Gefahr für das Berufsbeamtentum, Berlin 1932. Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Beamtentums m. b. H., Berlin 50 Pf. Michaelkirchplatz 1. Preis 50 Pf. (Porto 5 Pf.). — Die nationalsozialistische Agitation unter der Beamtenschaft wird mit einer gewissenlosigkeit sonderermaßen geführt. Es ist deshalb zu begrüßen, daß der Allgemeine Deutsche Beamtenschaft als ein Glied in der Kette der Maßnahmen, die gegen das Vordringen des Nationalsozialismus in der Beamtenschaft ergriffen hat, diese es selbst starke Schritt herauszugeben hat, die sich die Aufgabe stellt, durch Gegenüberstellungen von nationalsozialistischen Versprechungen mit Tatsachen und Aufwecken ihrer prominenten Führer der Nationalsozialisten sich selbst Luzen strafen zu lassen. Die außerordentlich übersichtlich zusammengestellte Broschüre mit ihrem reichhaltigen Material wird dazu beitragen, auch den Beamten, die sich zur Zeit von der skrupellosen nationalsozialistischen Propaganda beeinflussen lassen, zum Bewußtsein zu bringen, daß diese Versprechungen und Verheißungen bestialisch nichts weiter als eine Fata Morgana sind. Laufen sie für noch, dann kommen sie in geistiger Unfreiheit und in materiellem Elend an.

Otto Braun, Eine Biographie aus der Feder Erich Kuttners. Erschienen in der Serie „Männer und Mächte“ im R. Kuttler-Verlag, Leipzig, 100 Seiten stark. Wenn es ein Mann verdient, als Staatsmann und Mensch gewürdigt zu werden, so ist das unzweifelhaft der preußische Ministerpräsident, unser Genosse Otto Braun. Er gehört zu denen, die das Land Preußen vor den schwersten innerpolitischen Konflikten zu bewahren wußten in einer Zeit, wo es in so manchen anderen deutschen Ländern manchmal dramatischer und trüber ging. Dieses eine Verdienst allein zeigt und beweist, daß Otto Braun als Staatsmann zu führen vermag. Otto Braun ist aber auch einer der Sozialdemokraten, der mit allen bekannten Rechtfertigungen, mit Ausnahmestimmungen, die sich vor allem gegen die Landarbeiter richteten, aufträte. Diese Tat muß ihm die gesamte Arbeiterschaft hoch anrechnen, denn er vollbrachte sie in einem Gesamtinteresse. Wir als Arbeiter können stolz sein auf diesen Genossen und können das überall nachdrücklich betonen, ohne ihn als gefährlich hinzustellen, ohne Personenkultus zu treiben. Die deutsche Arbeiterbewegung ermöglichte Otto Braun den Weg zur Führung des Staates. Er war es wert in höchstem Maße und führte diese Unternehmung durch seine Taten. Wie das alles vor sich ging, sieht in dem Buchlein, das recht vielen Arbeitern als Lesebuch empfohlen wird. Otto Braun wird darin nicht verherrlicht, aber er wird als Mensch und Charakter geschildert, wie es sich geziemt und wie es geschichtlich notwendig ist.

auch nicht träge im Gegenwärtigen. Er ist Erhalter und Stürmer. Er trägt das Heute und zwingt die Welt dennoch aus dem Heute heraus. Und was auch draußen geschieht; er spürt es bis in seine feinsten Herzensfasern als auch sein Werk. An dem er schaffte mit allen anderen. Und das nicht würde ohne die anderen und ihn.

Er trägt die Gemeinschaft und sich. Er trägt die Kraft. Er die Zukunft. Er. Der Kämpfer.

Dr. Gustav Hoffmann.

Unsere Jugendfeier.

Unterhaltende und festliche Veranstaltungen. Von Walter Eschbach. Berlin 1932. 61 Seiten. Preis 1.— RM. Organisationspreis 75 Pf. Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes, Berlin 8 11, Inselstr. 6a.

In der Schriftenreihe „Material für die Jugendleiter der Gewerkschaften“ hat Walter Eschbach eine neue Schrift folgen lassen, die eine Ergänzung der Schrift „Unser Jugendabend“ darstellt. Das vorliegende Buch „Unsere Jugendfeier“ enthält viele Hinweise und Anregungen für die verschiedenartigen Unterhaltungsabende der Jugendgruppen. Besondere Abschnitte sind auch der Werbearbeit und den Werbeveranstaltungen, wie „Unsere Feste und Feiern“ gewidmet. In den Richtlinien für die Praxis wird dem Jugendleiter alles zugänglich gemacht, was bei solchen Veranstaltungen unbedingt zu beachten ist. Programm-vorschläge schließen dieses Kapitel ab.

Unsere in der Jugendarbeit stehenden Kollegen werden es auch begrüßen, daß der Verfasser nicht versäumt hat, auch für Jugendtreffende Material und Anregungen zu geben. In den Abschnitten Quartiere, Verpflegung und Veranstaltungen wird auf alles erforderliche hingewiesen.

Literaturangaben über Jugendspiele und Sprechchöre, sowie Hinweise auf Materialsammlungen und auf Jugendheime schließen das Heft ab.

Es ist dem Verfasser gelungen, auf wenigem Raum eine Fülle von praktischen Anregungen für die Jugendarbeit zu geben. Seinen Zweck, durch die kulturelle Seite der Jugendarbeit veredelt und bildend zu wirken, dürfte damit das Buch wahrhaft erfüllen. An der Jugend und allen ihren Helfern liegt es, die gegebenen Anregungen praktisch zu verwerten.

Weltgeschichte

Die Weltgeschichte, wie sie wird gelehrt in unseren Schulen, ist am Ende nur nichts weiter als ein langer Kriegsbericht, der Menschheit ganzer Jammer wird erzählt. Nur Mord und Totschlag ist das Heldentum, als gäb es weiter keine Ehre mehr und weiter kein Verdienst als Schlachten-zieg... O Trauerspiel, daß Krieg noch immer ist die Weltgeschichte bis zum heutigen Tag, als müßte sein und bleiben der Soldat der Menschheit würdigster Repräsentant. Hoffmann von Fallersleben.

UNTERHALTUNG WISSEN

Die Kluff / Roman von Ellen Wilkinson

Berechtigte Uebersetzung aus dem Englischen von Otto Albrecht van Bebber / Copyright 1931 by Büchergilde Gutenberg

(9. Fortsetzung)

„Den esse ich schon los.“ Höflich und doch energisch schüttelte Blain ihn aus einer Gruppe aufgeregter Menschen heraus, verstaute seine Herde im Auto und gab dem Chauffeur Anweisung, zum Bella Vista zu fahren.

Unwillkürlich stellte das junge Mädchen unterwegs Vergleiche zwischen Anthony Daero und Gerald Blain an. Die ganze Zeit über hatte sich Daero, wortkarg seine Pfeife rauchend, nicht weniger als die beiden Frauen durch seinen Freund dirigieren lassen. Joan warf einen schnellen Blick auf sein unbewegtes, maskenähnliches Gesicht. Warum gestattete er sofort jedweden, die Leitung zu übernehmen? Warum entwich er selbst stets in den Hintergrund und beugte sich zum Reden nur dann, wenn man eine direkte Frage an ihn richtete? Und dennoch war er weder scheinbar noch selbstbewußt. Er packte nur nicht zu — nicht bei einer Persönlichkeit und nicht bei einer Situation — solange noch irgend- ein anderer zum Zugreifen da war. Und diese Teilnahmslosigkeit und Ausdruckslosigkeit muteten um so merkwürdiger an, als die Novellen dieses Mannes bereits zu den klassischen gezählt wurden. Blains rastlose Energie stach hiergegen so sehr ab, daß sie fast wie quirlige Aufregung wirkte. Neben diesen beiden Londonern — offensichtlich unzufrieden mit dem Dasein — glich Royd einem Menschen, der mit beiden Füßen fest auf einem Fels im Triebsand des modernen Lebens stand.

„Mir ist er blau“, klagte Joan.

„Ihr alle braucht appetitroizende Nahrung. Gerald, sagen Sie dem Chauffeur, er soll nicht zum Bella Vista, sondern zum Hindu-Restaurant fahren. Die Stille dort und das gedämpfte Licht wird der Kleinen gut tun, und außerdem gibt es ein scharfes, pikantes indisches Ragout.“

Sie lachten und nannten Mary Maud „den Heizer“, begrüßten aber nichtsdestoweniger dankbar diesen Einfall. Nur Blain glaubte ein wenig quengeln zu müssen.

„Viel zu teuer dort! Die Führer schlemmen, während sie die anderen zu Entbehrungen anspornen. Der Streik ist im Gange, vergessen Sie das nicht, Mary Maud.“

„Mr. Royd erzählte mir, daß er erst Montag nacht beginnt; von da ab mögt ihr ja alle von Butterbrot leben. Etwas anderes aber möchte ich wissen: Sollen wir unsere Einstellung demonstrieren, indem wir einige Bergleute zum Abendessen oder zum Theater einladen? Oder hat jemand einen besseren Vorschlag? ... Wenn Helen sich für die Streikbrecher einsetzt, so ziemt es mir, die Streikenden zu bewirten“, wandte sich Mary Maud an Daero.

Sein Gesicht blieb unbeweglich wie immer. „Ganz recht“, war alles, was er erwiderte, und diese Antwort verdroß Miß Meadows. Wie beurteilte er das Verhalten seiner Frau? Weshalb ging er nicht aus seiner Passivität heraus? ... Und dann gestand sie sich mit einem Achselzucken ein, daß ja niemand Anthony Daero je anders gesehen hatte.

„Meine Arbeit beginnt um sechs Uhr von neuem“, bemerkte Royd, während er das mit Curry zubereitete Hühnerragout seinem Nachbarn reichete. „Heute abend werden wir noch einmal beim Premierminister sein.“

„Was? ... Ich dachte, der Kongreß hätte der Regierung erklärt, sie sollte sich zur Hölle scheren? ... Alle lachten über den Aerger, der in Blains Stimme grollte.“

„Wir erwägen nicht des Späßes halber den Generalstreik, junger Mann“, verwies ihn Royd. „Unsere Abstimmung heute morgen war ein guter Gegenbluff auf das Freiwilligenangebot der Regierung.“

„Bluff ... diese Konferenz?“ schrie Joan wie verzweifelt. „Nie werde ich meinen Geistes wieder Glauben schenken, wenn jene Rede des Transportarbeiters Devin Bluff war.“

„Kein Bluff im Sinne von Unaufrichtigkeit“, beschwichtigte ihr Chef. „Als die Gewerkschaften ihr Votum abgaben, geschah es, damit man es gebrauchte — wenn nötig. Aber ist es unbedingt nötig? Um diese Frage dreht sich alles. Wer möchte wohl einen Generalstreik wünschen, solange er irgend vermieden werden kann? Jedenfalls wird die Regierung jetzt wohl überzeugt sein, daß wir aufs Ganze gehen, und demgemäß sich zu entscheiden haben, ob wir oder die Bergwerksbesitzer für das Leben unangenehmer machen können. Und um auch die letzte Möglichkeit einer friedlichen Beilegung nicht von der Hand zu weisen, werden wir mit den Ministern heute nacht und wahrscheinlich noch morgen verhandeln.“

„Höflich grüßte nach Anthony Daero in die Diskussion ein.“

„Mir scheint, ihr habt jede Alternative ziemlich gründlich erörtert! Wie wäre es, wenn man ohne Generalstreik die Einfuhr ausländischer Kohle sperrt, und gleichzeitig jeglichen Transport der einheimischen verweigert? Vielleicht wäre es auf diese Art ein wenig heftiger, dafür aber wird das Ziel schneller erreicht.“

„Auch dieses haben wir erwogen, uns jedoch von der praktischen Durchführbarkeit überzeugt. Der erste Eisenbahner, der sich weigert, Kohle zu transportieren, würde auf der Stelle entlassen werden. Das bedeutet einen Eisenbahnerstreik, bedeutet weit ausgedehnte Arbeitslosigkeit und Leertage der Gewerkschaftskasse. Nein, wir müssen der

Regierung klarmachen, daß es leichter ist, etliche Millionen von Arbeitern zu zwingen als mehrere Millionen von Arbeitern.“

„Verzeihen Sie“, ließ sich der einstige Fliegerhauptmann vernehmen, „wenn ich sage, daß das mir nicht nach dem Geist klingt, mit dem man bei einem großen Kreuzzug den Sieg erfochten kann.“

„Berechneten die Führer der Kreuzzüge nicht etwa vorher die Kosten?“ beehrte Joan auf.

„Gewiß. Nur verhandelten sie nicht mit Saladin, als die Trompeten bereits zum Angriff bliesen.“

Royd lachte gutmütig.

„Kommt auf die Erde, ihr beiden Hitzköpfe, und betrachtet das Problem, dem wir gegenüberstehen. Die Grubenbesitzer erklären, daß sie mit Verlust arbeiten, falls die Löhne nicht herabgesetzt werden — lassen wir es jetzt mal dahingestellt, inwieweit veraltete Methoden, die Weltmarktfrage usw. hierfür verantwortlich sind. Wir hingegen sagen: die Löhne der Bergarbeiter sind ohnehin schon zu niedrig; man muß einen anderen Ausweg schaffen. Die Bergleute erstreben Verstaatlichung der Betriebe, wofür sich auch die Mehrheit der Sachverständigenkommission ausgesprochen hat. Können wir nun die Verstaatlichung der Bergwerke zur Parole des Generalstreiks erheben? ... Nein, denn die Regierung wendet ein, daß sie als antisozialistische Regierung erwählt worden ist und daß wir zwecks Durchführung einer sozialistischen Maßnahme zuallererst eine Arbeitermehrheit im Parlament haben müßten. Was bleibt uns übrig? Nichts als die gewöhnliche Gewerkschaftsaktion! Wir tun den Besitzern das Folgende kund: „Ihr setzt die Löhne der Bergleute nicht herab. Ehe wir dieses zugeben, werden wir alle anderen Industrien im Lande ruinieren. Und da unsere Vorschläge für eine Lösung abge-

wiesen wurden, stellen wir es der Regierung anheim, eine bessere zu finden.“ Wenn wir uns also noch bemühen, mit ihr ins Einvernehmen zu kommen, so braucht niemand deswegen gleich hysterisch zu werden und um sich zu schlagen.“

„Es ist eine böse Affäre, Mr. Royd. Warum hat man nicht wenigstens einen Teil der Millionenunterstützung zur Reform des englischen Kohlenbergbaus verwandt?“ fragte Daero.

„Das Wort Reform schmeckt nach Sozialismus. Jeder, der Eigentum hat, schreit: „Dies gehört mir — mein Wille ist hier Gesetz!“ Mit diesem Mosaik von Vorrechten, wie sie die englische Verfassung jedem Besitzer zugestehen, vermag nur die Revolution aufzuräumen.“

„Sollten sich die Ereignisse wirklich bis zu einer Revolution zuspitzen?“

„Nur, wenn die Regierung so töricht ist, unsere Führer zu verhaften.“

Blain legte seine Hände zusammen wie zum Gebet.

„Ihr ewigen Geister, wo ihr auch sein mögt, bitte, laßt Churchill den gesamten Generalrat hinter Schloß und Riegel setzen, und zwar baldigst!“

„Gerry, Gerry“, tadelte Mary Maud, „so etwas müssen Sie nicht sagen. Mr. Royd, ich bin stark an Kohlengruben beteiligt, und ich schäme mich der Hartherzigkeit der Arbeitgeber. Doch eine Revolution würde nichts Gutes bringen. Wie froh bin ich, daß vernünftige, ruhige Männer wie Sie die Zügel in der Hand haben!“

William Royds Augen wurden hart.

„Erst ganz kürzlich bereiste ich die Bergwerksdistrikte, und ich würde Ihnen nicht nur keine Revolution ersparen, Miß Meadows, sondern sie morgen führen, wenn ich nur die mindeste Hoffnung hätte, daß es dahin käme.“

Otto Braun und die Landarbeiter

Wir entnehmen das folgende Kapitel dem lesenswerten Buch „Männer und Mächte, Otto Braun“ von Erich Kuttner, das im Verlag R. Kittler, Leipzig, erschien. Die Darstellung kennzeichnet das Wirken Otto Brauns, des jetzigen preussischen Ministerpräsidenten, für die Landarbeiterschaft in bester Weise.

Die agrarischen Ostprovinzen des alten Preußen — Pommern, Westpreußen, Ostpreußen, Posen — waren ziemlich gleichartig konstruiert: jede Provinz besaß eine Hauptstadt von einigen hunderttausend Einwohnern, dazu gab es noch ein paar Mittelstädte, das übrige war Kleinstadt und flaches Land. In allen diesen Provinzen war die industrielle Arbeiterschaft eine hoffnungslose Minderheit, die sich auf die Hauptstadt und ein paar durch besondere Umstände herangewachsene Industriestädte beschränkte. Nur in diesen Bezirken bildete das industrielle Proletariat eine Mehrheit; auf dem Lande war es höchstens durch die Ziegeleiarbeiter, die Arbeiter in Brennereien oder einzelne Monteuere für landwirtschaftliche Maschinen vertreten.

So beschränkte sich in diesen Provinzen der Agitationsbereich der Sozialdemokratie zunächst auf die Hauptstadt und wenige andere Städte. Das Land war und blieb die unumschränkte Domäne der preussischen Junkerschaft. Die Landarbeiter waren so tief in Hörigkeit und wirtschaftliche Abhängigkeit von ihren Arbeitgebern verstrickt, daß eine Agitation unter ihnen für aussichtslos gehalten wurde. Zudem unterstanden sie der Gemeindeordnung, sie besaßen kein Streikrecht, so daß auch für eine gewerkschaftliche Zusammenfassung der Boden zu fehlen schien. Ihr kultureller Zustand war der denkbar trostloseste, außer der zeitlich unbegrenzten Arbeit spielte im Leben vieler nur der Schnaps eine Rolle.

Otto Braun war einer der ersten, der die Bedeutung der Landarbeiterschaft für die Arbeiterbewegung erkannte. Aus seiner praktischen Tätigkeit heraus kam er zu diesem Problem. Die Sozialdemokratie pflegte bei Reichstagswahlen zwar auch in den ländlichen Wahlkreisen Kandidaturen anzustellen, aber es waren reine Zählkandidaturen. Immer hatte der Kandidat die Pflicht, seinen Wahlkreis „abzuarbeiten“. Hierbei war nichts schwerer, als den Terror der Gutsbesitzer zu überwinden. Versammlungen im Wahlkreis waren gänzlich gesetzlich noch nicht erlaubt, und wehe dem Gastwirt, der seinen Saal an die Sozialdemokratie zu Versammlungen verleiht!

Braun hatte bald in diesem, bald in jenem Wahlkreis als Kandidat die Arbeit zu leisten. An einen persönlichen Erfolg gegen den Terror der Großgrundbesitzer war von vornherein nicht zu denken. Trotzdem erzielte die Sozialdemokratie in manchen dieser rein ländlichen Wahlkreise achtunggebende Stimmziffern. Einmal gelangte Braun im Wahlkreis Memel-Haydekrug, dem nördlichsten Wahlkreis Deutschlands, sogar bis in die Stichwahl. Im Entscheidungsgang siegte jedoch ein konservativer Gegner. Die litauische Partei, die in diesem Kreis eine nicht unbedeutende Stimmzahl aufbrachte, hatte sich zwar bei früherer Gelegenheit die sozialdemokratische Stichwahlhilfe gegen die Kon-

servativen gefallen lassen. Aber ihr Gegenseitigkeitsversprechen hielt sie nicht. Für einen Sozialdemokraten in der Stichwahl zu stimmen, dazu reichte ihr Oppositionsgeist nicht aus.

Wenn also Otto Braun vor dem Kriege in den Reichstag nicht gelangt ist, so hat die ländliche Agitation doch zu seiner Entwicklung in entscheidender Weise beigetragen, da sie ihm ein neues Tätigkeitsfeld erschloß. Die Agitation mußte sich in diesen Kreisen an die Landarbeiter wenden. Politisch, wirtschaftlich und rechtlich führte der Landarbeiter ein noch gedrückteres Dasein als der Industrieproletarier. Sein Lebensstandard war der niedrigste in ganz Deutschland, seine Behausung war oftmals schlechter als die des Viehes; in rechtlicher Beziehung unterstand er der Landarbeiterordnung von 1854, in der sich noch ein Stück Leibeigenschaft aus dem Mittelalter in die Neuzeit fortgepflanzt hatte. Seiner Klassenlage nach war der Landarbeiter in viel höherem Maße für die Sozialdemokratie prädestiniert als der Kleinbauer und Häusler, in denen immer noch ein Stück Besitzbürger lebendig ist.

Aber was nützte es schon, wenn ab und zu ein Agitator sich aufs Dorf verirrt und in irgendeiner Scheune eine Versammlung abhält? Damit konnte man unmittelbar vor der Wahl Stimmen werben, aber der Impuls reichte nicht lange vor, solange den Landarbeitern fehlte, was den Industriearbeitern ihr Rückgrat gab: die feste Organisation.

Otto Braun war einer der ersten, die dies erkannten, und der erste, der den Entschluß faßte, diesen Mangel auszumerzen. Er ist der Gründer der sozialistischen Landarbeiterorganisation geworden. So schwerlich man auch sonst in der Partei die politische und wirtschaftliche Abhängigkeit des Landproletariats vom Großgrundbesitz empfand, so hielt man doch eine Änderung dieses Zustandes bei der bestehenden Rechtslage für unmöglich. Landarbeiter organisieren, das hieß Wasser im Sieb forttragen! Als Otto Braun sein Unternehmen begann, bekam er oft genug zu hören, daß er „ein Stück aus dem Tollhaus“ liefere. Das ist übrigens meist so, wenn einer sich auf ein neues Gebiet begibt.

Es entsprach dem Wesen dieses nüchternen, real eingestellten Mannes, daß er für sein neues Unternehmen nicht nur eine Idee, sondern einen zum Erfolg führenden Weg fand. Zunächst wurden bei der Agitation die Adressen von Landarbeitern gesammelt. Nur auf diesem Wege konnte man den Landarbeitern Stimmzettel zur Wahl verschaffen. Ähnliche Stimmzettel wie heute gab es damals nicht. Jede Partei mußte ihre Stimmzettel selber verbreiten. In viele Dörfer aber wurde der sozialdemokratische Stimmzettelverleiher gar nicht hereingelassen bzw. mit Steinwürfen und Händen hinausgesetzt. So blieb denn nichts übrig, als dem einzelnen Wähler per Post seinen Zettel zu übersenden.

Das so gewonnene Adressenmaterial ließ Braun sorgfältig ausbauen, um hierauf eine Zeitschrift für die Landarbeiter, den „Landboten“, zu gründen. Da niemand sonst von der Sache Zutrauen hatte, nahm Braun die Herausgabe dieser Zeitschrift auf seine eigene Kappe. Es war schwer genug, eine Druckerei zu finden, die wenigstens die erste Nummer auf Kredit herstellte. Sie ging als Probe-

Leider jedoch sind unsere Leute viel zu geduldig.“

„Sie jagen mir Angst ein, Mr. Royd. Ich bin froh, daß unser Volk nicht diesen reizbaren Russen gleicht! Was soll jeder von uns nun tun?“

„Richtig, dabei fällt mir ein, daß ich morgen in der großen Versammlung in Shireport sprechen soll.“ Er wandte sich zu Joan. „Doch ich aber verhindert bin, müssen Sie für mich eintreten. Vielleicht fährt einer Ihrer Freunde Sie hin, damit Sie nicht auf Zugverbindungen angewiesen sind.“

„Endlich ein Auftrag!“ sagte Blain mit einem Aufatmen. „Ich fahre Sie, Joan. Mein alte Karro wird es schon schaffen, oder darf ich mir für die große Sache Ihren Wagen leihen, Mary Maud?“

„Selbstverständlich; aber können wir — Anthony und ich — nicht auch mitkommen?“

„Wissen wir denn, ob Miß Craig uns haben will? ...“ Daerces Stimme klang fast spröde.

Joan sah ihn erstaunt an.

„Die Frage ist, kann einer von Ihnen beiden reden, falls der Andrang so stark sein sollte, daß zwei Versammlungen abgehalten werden müssen?“

„Na, mein Kind!“ Blain erhob sich in Rednerpose. „Die Sprudel der Beredsamkeit wogen in mir auf — vielleicht ist es auch das Hühnerragout —, jedenfalls aber fühle ich mich fähig, an das Weltall eine Ansprache zu halten. Mary Maud, Sie übernehmen das Verpflichtungsamt.“

„Und meine Aufgabe?“ erkundigte sich Daero.

„Anthony Daero wird Joan nicht aus den Augen lassen“, murmelte Blain.

Und die Blicke der beiden Männer kreuzten sich.

Daero begleitete die Freundinnen zum Gordon Square. Sie saßen bereits eine ganze Weile behaglich am Feuer und hörten Joan zu, die mit der ihr eigenen Lebendigkeit und Anschaulichkeit Szenen aus ihrem Arbeitsleben schilderte, als das Telefon klingelte.

(Fortsetzung folgt.)

nummer an alle gesammelten Adressen mit der Aufforderung, dreißig Pfennig in Briefmarken als Abonnementgeld für das erste Quartal einzusenden. Es meldeten sich auf den ersten Schlag 1800 Abonnenten. Damit war der Bestand des „Landboten“ gesichert.

Natürlich schuf das Unternehmen seinem Herausgeber eine Menge neuer Arbeit. Denn die einlaufenden Antwortbriefe enthielten nicht nur die erwünschten dreißig Pfennig, sondern darüber hinaus eine Menge von Anfragen, Klagen, Beschwerden usw., deren Erledigung eine intensive Beschäftigung mit dem Landarbeiterproblem zur Notwendigkeit machte. Erst viel später wurde diese Tätigkeit von der Landarbeiterorganisation übernommen.

Dem „Landboten“ folgte der erste sozialdemokratische Kalender. Den Konservativen war nämlich der Schrecken gewaltig in die Glieder gefahren. Schon bei der Wahl von 1898 hatte ein von Otto Braun verfaßtes Flugblatt an die Landarbeiter der Sozialdemokratie eine beträchtliche Menge Stimmen zugeführt. Namentlich Brauns Gogenkandidat, ein Herr von Klinkowström, hatte sich im Reichstag bitter darüber beschwert, daß das Flugblatt „gemein verhetzend“, aber doch „mit infernalischer Geschicklichkeit“ angefertigt worden sei, was er besonders bedauerte, weil sich auch beim besten Willen nicht die Möglichkeit zu einem strafrechtlichen Einschreiten gegen den Verfasser bot. Dies war allerdings weniger der Stilistik Otto Brauns als der juristischen Redaktion Hugo Haases zu verdanken.

Jetzt aber trat die Sozialdemokratie mit einer periodischen Zeitschrift an die Landarbeiter heran und rüttelte damit an den Fundamenten der Junkerherrschaft. Das brachte die konservative Oberschicht in ernste Sorgen. Intensiv bemühten sich nunmehr die Gutsherrschaften, durch Verbreitung von Kalendern, anscheinend belehrenden und unterhaltenden Charakter, den monarchischen und konservativen Gedanken in jede Landarbeiterhütte zu tragen. Braun schuf als politisches Gegenmittel einen sozialdemokratischen Kalender. Dieser erfreute sich bald solcher Beliebtheit, daß das ostpreussische Beispiel in allen ländlichen Provinzen nachgeahmt wurde, wobei der Braunsche Kalender als vorbildlich galt. In reinen Industriekreisen freilich wußte man die Schwierigkeiten und den Wert eines solchen Unternehmens nicht gebührend einzuschätzen, und noch auf dem Nürnberger Parteitag von 1908 mußte Braun sein Kind gegen die Kritik eines Redners aus dem Westen verteidigen.

Aus dem „Landboten“ und dem Landkalender hat sich dann die gewerkschaftliche Landarbeiterorganisation, der Deutsche Landarbeiterverband, entwickelt. Auch bei dieser Gründung ist Braun führend gewesen, sie geht großenteils auf eine von ihm verfaßte Denkschrift zurück. Das Hauptbedenken gegen die Gründung des Verbandes beruhte darauf, daß die Landarbeiter damals kein Streikrecht besaßen. Der ländliche Kontraktbruch und die Aufforderung dazu war nach dem preussischen Gesetz von 1854 strafbar. Braun aber wies nach, daß dies nicht gegen eine Organisation der Landarbeiter als solche spräche. Immer wieder betonte er auf Parteitagen und anderwärts, daß es, wenn man den Landarbeiter dauernd gewinnen wolle, ohne die feste Grundlage einer Organisation nicht gehe. Die Entwicklung gab ihm recht.

(Schluß folgt.)